



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSLAND IM VORFELD DER PARLAMENTS- UND PRÄSIDENTENWAHLEN

■ VON DER REDAKTION		
На дачу – in die Sommerpause	2	
■ ANALYSE		
Neue Entwicklungstendenzen im politischen System Russlands	2	
Von Michail Dmitriew, Moskau		
■ TABELLEN ZUM TEXT		
Vertrauen in die Führung des Landes und Erstarben der Mittelklasse	6	
■ KOMMENTAR		
Modernisierung in Russland: Der »Blick von unten« oder warum die Initiativen von Präsident Medwedew auf der Stelle treten	7	
Von Andrei Yakovlev, Moskau		
■ ANALYSE		
Wahlen und Machtarrangements Putin oder Medwedew – ist das wirklich der Kern der Frage?	9	
Von Hans-Henning Schröder, Berlin		
■ GRAFIKEN ZUM TEXT		
Kapitalflucht vor den Wahlen	12	
Wachsendes Unbehagen mit dem eigenen Land: der Wunsch auszuwandern	13	
■ UMFRAGE		
Politische Stimmungen im Wahljahr		14
Der Westen – ein Modell?		16
Korruption und soziale Frage		17
Ein starker Staat?		20
Zum Grad der Proteststimmung in Russland		21
Putin oder Medwedew?		23
Medwedews Vorschläge zur Modernisierung der Wirtschaft		25
Die »Allrussische Volksfront«		26
■ RATING		
Bewertung von Präsident, Ministerpräsident und Regierung		28
■ UMFRAGE		
Erwartungen an die Dumawahlen		30
Die Prognose des WZIOM vom April 2011		32
Erste Prognosen für die Präsidentenwahlen		33
■ CHRONIK		
Vom 30. Juni bis zum 14. Juli 2011		34

VON DER REDAKTION

На дачу – in die Sommerpause

Die »Russland-Analysen« machen im Juli und im August wie üblich Sommerpause. Die nächste Nummer – Russland-Analysen 225 – erscheint am 22. September 2011. Wir werden uns dann u. a. mit der russischen Landwirtschaft, dem Bildungswesen, der russischen Klimaschutzpolitik und natürlich den Wahlen und den innenpolitischen Entwicklungen beschäftigen.

Vorerst wünschen wir unseren Lesern aber erholsame Ferien.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Christoph Laug, Matthias Neumann, Heiko Pleines und Henning Schröder

ANALYSE

Neue Entwicklungstendenzen im politischen System Russlands

Von Michail Dmitriew, Moskau

Zusammenfassung

Jüngste soziologische Untersuchungen belegen, dass sich, auf Grund des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Stabilität im vergangenen Jahrzehnt, in Russland und vor allem in Moskau eine beachtliche Mittelschicht herausbilden konnte, die eine Herausforderung für das bestehende politische System darstellt. Dies zeigt sich an einer zunehmenden Nachfrage nach Parteien und Repräsentanten außerhalb des offiziellen politischen Spektrums sowie einer wachsenden Protestbereitschaft. Für das politische System und vor allem das Parteiensystem erwachsen hieraus bedeutende Herausforderungen, die zu einer Zunahme der politischen Konkurrenz führen werden.

Die Untersuchung – ein Überblick

Der vorliegende Beitrag basiert auf den Ergebnissen einer Untersuchung der Stiftung »Zentrum für strategische Analysen« (Fond »Zentr Strategitscheskich Rasrabotok« (ZSR)). Fokusgruppen und repräsentative Umfragen, die im ersten Halbjahr 2011 durchgeführt wurden, zeigen, dass sich im politischen Bewusstsein der russischen Bevölkerung schnelle und möglicherweise unumkehrbare Veränderungen vollziehen. Dies zeigt sich am Rückgang des Vertrauens in die politischen Parteien und deren Vorsitzende, an der Zunahme von Protesteinstellungen und der verstärkten Nachfrage nach politischem Führungspersonal und Parteien, die nicht im offiziellen politischen Spektrum vertreten sind.

Unsere Analyse zeigt, dass die laufenden Veränderungen nicht nur mit den Folgen der Wirtschaftskrise verbunden sind, sondern auch mit den Erfolgen der Entwicklungen in der Vorkrisenzeit. Einer der wesentlichen Erfolge des vergangenen Jahrzehnts ist die Herausbildung einer massiven städtischen Mittelschicht in Russland, die sich in ihrem Einkommensniveau und ihrem Wertesystem der Mittelschicht in den Ländern der Europäischen Union schnell annähert. Diese – für Russland

neue – Schicht hat durch das Internet und die Massenmedien einen immensen Einfluss auf den übrigen Teil der Gesellschaft, da diese Medien von ihren Vertretern dominiert werden.

Die Mittelschicht zeichnet sich durch Misstrauen gegenüber dem Staat, wachsenden politischen Aktivismus und gesellschaftliche Selbstorganisation aus. Sie findet jedoch keine Interessenvertreter im bestehenden politischen System. Dank der demographischen Veränderungen und dem fortsetzenden Einkommensanstieg wird das Ausmaß dieser Gruppe in schnellem Tempo weiter anwachsen und sie könnte zu Beginn der 2020er Jahre bis zu 40 % der russischen Bevölkerung stellen.

Für eine legitime Integration dieser einflussreichen Gruppe in den politischen Prozess ist die Gründung einer »Partei neuen Typs« notwendig, die Führungspersonal aus den Reihen der Mittelklasse aufstellen kann und das Internet umfassender einsetzen wird. Bis zu den kommenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen wird es dem politischen System Russlands nicht gelingen, sich an die neue Realität anzupassen. Der Prozess der politischen Transformation wird sich auch nach den Wahlen fortsetzen, was die Möglichkeiten zur Umset-

zung notwendiger wirtschaftlicher und sozialer Reformen in mittelfristiger Perspektive erschweren wird.

Krise des Tandems

Die soziologischen Untersuchungen (repräsentative Umfragen und Fokusgruppen), die von der Stiftung »Zentrum für strategische Analysen« (ZSR) und anderen Forschungszentren durchgeführt wurden, zeigen, dass seit Anfang des Jahres 2010 im politischen Bewusstsein der russischen Bürger deutliche Veränderungen vorgehen. Im Verlauf des gesamten vergangenen Jahrzehnts war das Vertrauen in Putin und daran anschließend in das »Tandem« Medwedew-Putin hoch. Es blieb selbst in den Krisenjahren 2009–2010 auf hohem Niveau. Die Frage, ob jemand Drittes an die Macht kommen könnte, rief negative Reaktionen hervor. Die Nachfrage nach politischer Stabilität blieb bestehen.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2010 konnte aber ein deutlicher Rückgang der Unterstützung Putins und Medwedews, ein Anstieg der negativen Einstellungen gegenüber der regierenden Partei »Einiges Russland« sowie eine immer kritischere Wahrnehmung des politischen Systems, welches die beiden verkörpern, festgestellt werden.

Die Erfahrung des ZSR zeigt, dass in Übergangphasen Fokusgruppen im Vergleich mit Massenumfragen größere Prognosemöglichkeiten bieten. Der Prognosezeitraum kann 6–8 Monate betragen. Als Grundlage für die Prognose dient das Hervortreten neuer Einstellungen in den Fokusgruppen oder die Verbreitung von Meinungen, die vorher nur selten auftraten. Als Inbegriff der Veränderungen der politischen Einstellungen dient die weite Verbreitung von Aussagen wie: »Die Bevölkerung wird zu Untertanen erklärt« (Varianten: »Diese Regierung erklärt das Volk zu Untertanen«, »die Vorgesetzten auf Arbeit erklären uns zu Untertanen«, »den Leuten reicht es, wie Untertanen behandelt zu werden«). In der Vergangenheit wurden solche Sätze vergleichsweise selten geäußert.

Wenn in den vergangenen zehn Jahren die Fokusgruppenteilnehmer von der Hoffnung auf eine Verbesserung der Lage im Land sprachen, so ist in letzter Zeit die Feststellung, die Lage im Land verbessere sich, praktisch aus den Äußerungen verschwunden. Statt dessen herrscht die Meinung vor, dass in Russland alles schlecht ist, die Wirtschaft stagniert und die herrschende Elite sich die Öldollars aneignet, während sie das Ausbleiben von Erfolgen durch politische Demagogie verdeckt. Parallel zum Rückgang des Vertrauens in Putin und Medwedew wächst die Nachfrage nach einer neuen Führungsperson, deren Erscheinen vorher befürchtet wurde. Gegenüber den Verlautbarungen im Sommer 2010 konnten in den Fokusgruppen Anfang 2011 praktisch keine posi-

tiven Äußerungen zu Dmitrij Medwedew vernommen werden. Über Wladimir Putin äußern sich viele wie gewohnt positiv, im Gegensatz zur Fokusgruppe im Sommer 2010 werden seine vergangenen Verdienste genannt, gleichzeitig jedoch Hoffnungen auf zukünftige Verbesserungen nicht mehr mit seinem Namen in Verbindung gebracht.

Die Herausbildung einer Mittelschicht

Die Gründe für diese Veränderungen der politischen Einstellungen liegen nicht nur in den Folgen der Wirtschaftskrise, sondern auch in den tiefgreifenden sozialen Veränderungen, die durch den wirtschaftlichen Aufschwung vor der Wirtschaftskrise Einzug hielten. Zentrale Folge dieser Veränderungen war die Entstehung einer breiten städtischen Mittelschicht, die sich in ihrem Lebensniveau und den sozialen Merkmalen zielstrebig der Mittelschicht in den Ländern der Europäischen Union annähert. Unseren Einschätzungen zufolge beträgt der Anteil der Mittelschicht an der Moskauer Bevölkerung fast 40 %, in anderen Großstädten macht sie zwischen 20–30 % aus. Schon im Jahr 2006 lag das Brutto-Regionalprodukt pro Kopf nach Kaufkraftparität in Moskau bei 29.400 Euro, was bedeutet, dass es um ein Viertel über dem EU-Durchschnitt lag und mit dem BIP pro Kopf in Belgien vergleichbar ist. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Moskauer Bevölkerung nach Kaufkraftparität nähert sich der Hälfte des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens in New York, was in ungefähr dem Durchschnittseinkommen der Einwohner New Yorks Ende der 1960er Jahre / Anfang der 1970er Jahre entspricht.

Dank des schnellen Wachstums der städtischen Immobilienpreise wurde die städtische Mittelschicht zu Besitzern bedeutender Immobilienaktiva. Vor der Wirtschaftskrise machten die Einnahmen aus Eigentum in Moskau praktisch ebenso viel aus wie der Arbeitslohn. Dabei ist die Abhängigkeit der städtischen Mittelschicht von sozialen Transfers, mit Ausnahme des Bildungsbereichs, vergleichsweise gering geblieben.

Im Falle eines weiteren, selbst gemäßigten Wirtschaftswachstums von jährlich 4 % wird die Mittelschicht bis Anfang der 2020er Jahre auf fast 40 % der gesamten russischen Bevölkerung anwachsen. Schätzungen des McKinsey Global Institute zufolge, wird sich die Zahl der Moskauer Familien mit einem Einkommen über 20.000 US\$ bis 2025 um ein Drittel, auf 4,9 Million erhöhen, was fast die gesamte Bevölkerung Moskaus ausmacht. Das Wachstum der Mittelschicht wird dadurch beschleunigt, dass sich die, in den 1980er Jahren geborene, umfangreiche Generation der Kinder der Nachkriegs-Baby-Boomer im produktivsten Alter (30–40 Jahre) befindet. Sie ist unter allen Generatio-

nen im arbeitsfähigen Alter am gebildetsten (ca. 75 % werden einen höheren Bildungsabschluss haben) und wird den Höhepunkt ihrer beruflichen Tätigkeit antreten, wenn die Gesamtzahl der arbeitsfähigen Bevölkerung mit einer Geschwindigkeit von ca. 1 % pro Jahr abnehmen wird. Auf Grund des verschärften Mangels auf dem Arbeitsmarkt wird ihr Einkommen mit fortschreitendem Alter schneller als in anderen Generationen anwachsen. Diese Menschen werden schnell die Reihen der Mittelschicht nach europäischem Vorbild füllen.

Charakteristika und Einfluss der russischen Mittelschicht

Unsere Untersuchungen zeugen davon, dass für die moderne russische Mittelschicht spezifische und teilweise widersprüchliche Werte charakteristisch sind, die sie von anderen sozialen Gruppen unterscheidet:

- Nachfrage nach einem Rechtsstaat
- Kategorische Ablehnung der Korruption
- Libertarismus (äußerstes Misstrauen gegenüber der Staatsmacht; Unwillen, von ihr abhängig zu sein und die Tendenz, sich auf die eigene Kraft zu verlassen)
- Mitgefühl mit Bedürftigen (Wunsch ihnen zu helfen, primär auf staatliche Kosten)
- Wachsende gesellschaftliche Selbstorganisation
- Pro-europäische Orientierung
- Gemäßigter Nationalismus, mehrheitlich verbunden mit einer verschärften Wahrnehmung der Gefahr, die vom Nordkaukasus ausgeht.

Diese Bevölkerungsgruppe hält alles in allem ihre Loyalität gegenüber der Führung aufrecht, ihre Einstellung wird jedoch immer kritischer und ihre Neigung zu Protest steigt – besonders aus Unzufriedenheit mit der hohen Korruption, der Schwäche des Rechtsstaats und den wachsenden Hindernissen für eine aufsteigende soziale Mobilität. Das Niveau der Protesteinstellungen übertraf in Moskau in der zweiten Hälfte des Jahres 2010 alle übrigen Regionen, dabei steigt die Protestbereitschaft der Männer in Moskau im Gegensatz zu anderen Regionen Russlands im Verhältnis zu ihrem Einkommen.

Die Mittelschicht konzentriert sich in mehreren Großstädten und bildet enge soziale Netzwerke im Internet. Sie ist das Zentrum des informellen Einflusses, der sich weit über die Grenzen dieser sozialen Schicht ausbreitet. Ihre Positionen bilden die Ansichten viel breiterer Bevölkerungsschichten. Die Protestideen aus dem Internet dringen leicht in die zentralen und regionalen Printmedien ein, in jüngster Zeit sogar in die zentralen Fernseh- und Radiosender, deren Mitarbeiter mehrheitlich die Werte der Mittelschicht teilen. Es besteht eine Vielzahl an Zeugnissen über die große Fähigkeit der Internetgemeinschaft, via Internet zur Unterstützung gesellschaftlicher Initiativen zu mobilisieren. Ein deutliches

Beispiel für den gesellschaftlichen Aktivismus ist die massenhafte Beteiligung von Freiwilligen beim Löschen der Waldbrände im Sommer 2010, die sich mehrheitlich durch soziale Netzwerke koordiniert hatten.

Herausforderung für das Parteiensystem

Das bestehende Parteiensystem ist wenig geeignet, dieses wachsende Wählersegment zu integrieren. Dieses Segment wird von niemandem belegt, die sich rasant ausweitende Nische schafft ein politisches Vakuum. Der städtischen Mittelschicht fehlt es an einer politischen Vertretung. Aktuell sprechen sie weder die offiziellen politischen Programme, das Personal der Parteiführung, die »Markenidentität« der Parteien, die sich in der politischen Arena tummeln, noch das Format der Parteiarbeit selbst an. Das Fehlen einer realen politischen Vertretung führt zu einer Verstärkung der Protesthaltung, der Radikalisierung von Meinungen und der Ausbreitung einer destruktiven Opposition gegenüber der Führung. Als ein Beispiel kann die Diskussion über die Perspektiven einer territorialen Desintegration Russlands dienen. Vor noch nicht all zu langer Zeit lag über einer solchen Diskussion ein besonderes gesellschaftliches Tabu. In den letzten Monaten entsteht jedoch im Internet eine Diskussion zu dieser Frage, bei der viele Beteiligte die hypothetische Perspektive eines Zerfalls Russlands in positivem Licht sahen. Der Charakterisierung eines politischen Experten zufolge, ist die städtische Mittelschicht in ihrem aktuellen Zustand ein »politischer Zünder, der nicht mehr abgeschraubt werden kann«.

Auf Grund der mangelnden Unterstützung durch die wachsende städtische Mittelschicht werden sich die bestehenden Parteien auf einem schrumpfenden Wählerfeld drängen. Das Problem der Parteien liegt hierbei nicht nur bei der Erneuerung ihrer Inhalte und des Führungspersonals, sondern auch in der unzureichenden innerparteilichen Organisation. Diese basiert auf den veralteten Ansätzen der 1990er Jahre, deren Grundlage die Bildung einer großen Basis an Parteiaktivisten in der Provinz darstellt. Bei einer geringen Verbreitung des Internets stellten die regionalen Parteiaktivisten die einzige Möglichkeit dar, gute Ergebnisse bei Föderal- und Regionalwahlen einzufahren. Die regionalen Parteiaktivisten greifen neue Ideen jedoch erst mit Verspätung auf und die Arbeit mit ihnen vollzieht sich zu bürokratisch. Die liberale Partei »Jabloko« beispielsweise benötigt bei wichtigen Angelegenheiten acht bis zehn Monate zur Verabschiedung eines Standpunktes im Parteirat. Bis zu einer formalen Verabschiedung hat die Parteiführung keine Möglichkeit, eine offizielle Stellungnahme zu veröffentlichen. Solche Parteien werden bei der Reaktion auf die Bedürfnisse der städtischen Wählerschaft immer zu spät sein.

Bei der Auseinandersetzung mit solch einer Wählerschaft sind die unzähligen regionalen Parteiaktivisten kein Vorteil sondern ein Hindernis, das der Partei Flexibilität und Dynamik nimmt. Die Mittelschicht verlangt eine Partei neuen Typs. Eine solche Partei sollte das Vertrauen der Wählerschaft durch das Internet gewinnen, auf Anfragen ihrer Anhänger online reagieren und ihre politischen Inhalte schnell aktualisieren, unter anderem im Wikipedia-Format. Eine solche Partei müsste in Russland erst noch gegründet werden. Wenn dies jedoch geschieht, erwartet sie eine große politische Zukunft. Ihre Auftreten würde zweifellos eine Verstärkung der politischen Konkurrenz im Land befördern.

Ausblick

Für die bevorstehenden Wahlen ist der Umbruch der gesellschaftlichen Einstellungen zu spät verstanden worden. Die russische Gesellschaft ist herausgewachsen aus dem vorhandenen politischen System. Bis zu den Wahlen ist jedoch eine wirkliche Anpassung des politischen Systems an die neuen Bedingungen nicht mehr möglich. Die Führung des Landes erkennt die politischen Gefahren, hofft aber darauf, diese durch kosmetische Veränderungen im Parteiensystem zu minimieren. Hierzu zählt, dass der Partei »Einiges Russland«, die an Vertrauen verlorenen hat, unter dem Namen »Volksfront« ein neues Image verpasst wird, oder dass der Multi-Milliardär Michail Prochorow zum Vorsitzenden der Partei »Rechte Sache« berufen wird. Das Parteiensystem steht unreformiert und noch weit von den Erwartungen der Wähler entfernt am Anfang eines neuen politischen Zyklus. Nach den Wahlen werden der Präsident und die Regierung unweigerlich mit einem Mangel an gesellschaftlicher Unterstützung konfrontiert sein, was unpopuläre aber notwendige soziale und wirtschaftliche Reformen behindern wird. Unter diesen Umständen sind die zentralen Risiken für die russische Wirtschaft:

- Verlust an politischer Stabilität
- Verstärkte Abhängigkeit von Rohstoffkonjunkturen
- Verlust der Haushaltsstabilität
- Schwierigkeiten beim Übergang zu neuen Wachstumsmodellen unter Bedingungen eines Rückgangs der arbeitsfähigen Bevölkerung

Über den Autor:

Dr. Michail Egonowitsch Dmitriew, Wirtschaftswissenschaftler und Präsident der Stiftung »Zentrum für strategische Analysen«. Spezialisierung auf wirtschaftspolitische Themen.

Jüngste Veröffentlichungen:

- *Predlozhenija po reformirowaniju Pensionnoj Sistemy w Rossijskoj Federazii* [Vorschläge für eine Reform des Rentensystems der Russischen Föderation]. Moskau, 2011 (Co-Autor und wissenschaftlicher Redakteur).
- Belanowskij, S., Dmitriew, M. und Mischina, S. (2010): *Srednij klass w rentoorientirowannoj ekonomike* [Die Mittelschicht in einer rentenorientierten Wirtschaft]. *Spero*, Nr. 13.

- Verschlechterung der globalen Wettbewerbsfähigkeit. Der instabile Zustand der Wirtschaft wird eine politische Krise provozieren und den Druck in Richtung politischer Reformen erhöhen. Das russische parteipolitische System und sein Führungspersonal gehen geschwächt in die neue Legislaturperiode. Die politische Elite steht vor einem wachsenden Verlust an Vertrauen und öffentlicher Unterstützung gerade zu einem Zeitpunkt, an dem ein Wandel des Wachstumsmodells energische soziale und wirtschaftliche Reformen verlangt. Zur Durchführung solcher Reformen wird das Vertrauen fehlen, der Aufschub der Reformen wird jedoch eine erfolgreiche Entwicklung der Wirtschaft verhindern. Die Unterstützung durch die Bevölkerung wird nachlassen. Früher oder später wird die Modernisierung des politischen Systems an erste Stelle rücken. Das Programm der politischen Reformen wird möglicherweise folgende Punkte enthalten:

- Reorganisation des Parteiensystems, darunter eine Auswechslung des Führungspersonals der zentralen Parteien und die Gründung einer neuen Partei, die auf die Unterstützung der städtischen Mittelschicht ausgerichtet ist
- Durchführung vorgezogener Parlamentswahlen mit der möglichen Bildung einer Koalitionsregierung der Parlamentsmehrheit
- Auf Grund des Einzugs neuer politischer Führungskräfte vor dem Hintergrund eines erhöhten Wettbewerbs des Parteiensystems könnten zudem vorgezogene Präsidentschaftswahlen möglich sein.

Die in Russland bevorstehenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen werden somit bei Weitem nicht die Phase der großen politischen Unklarheiten beenden, sondern könnten im Gegenteil zu einem Katalysator für folgende politische Veränderungen werden. Die Modernisierung des politischen Systems kann eine lange Zeit in Anspruch nehmen und eine Verschärfung der politischen Konflikte mit sich bringen. Als unabwendbares Ergebnis wird am Ende jedoch die Stärkung des politischen Systems und die Entwicklung politischer Konkurrenzmechanismen stehen.

Übersetzung: Christoph Laug

- Zentr strategitscheskich rasrobotok (ZSR) und Institut ekonomitscheskoj politiki (IEP) (2010): *Strategija-2010: 10 let spustja* [Strategie-2010: Zehn Jahre später]. Moskau. (Co-Autor und wissenschaftlicher Redakteur).
- *Beznalitschnye plateschi w Rossii: preimuschtschestwa i perspektivy raswitija* [Bargeldloses Bezahlen in Russland: Vorteile und Entwicklungsperspektiven]: Moskau, 2009. (Co-Autor und wissenschaftlicher Redakteur).
- *Doklad o razwittii tschelowetscheskogo potenziala w Rossijskoj Federazii 2008: Rossija pered lizom demografitscheskich wyzowow* [Bericht zur Entwicklung des Humankapitals in der Russischen Föderation 2008: Russland im Angesicht der demographischen Herausforderung]. Moskau, 2009. (Co-Autor).

Lesetipps:

- Belanovsky, Sergey und Dmitriev, Mikhail. Political crisis in Russia and how it may develop. Report of the Center for Strategic Research Foundation (CSR). April 2011. http://csr.ru/index.php?option=com_phocadownload&view=category&id=51%3A2009-12-24-06-54-11&download=174%3Apolitical-crisis-in-russia-and-how-it-may-develop&Itemid=202&lang=ru (gekürzte Fassung des russischen Textes: Polititscheskij krisis w Rossii i vosmoschnye mechnismy ego raswitija, Zentr strategitscheskich rasrobotok (ZSR), 2011. http://csr.ru/index.php?option=com_phocadownload&view=category&id=51%3A2009-12-24-06-54-11&download=172%3A&Itemid=202&lang=ru)
- Attaining the Future: Strategy 2012. – Institute of Contemporary Development. Moscow: Ekon-Inform, 2011. http://www.insor-russia.ru/files/INSOR_Attaining_the_Future_final.pdf

TABELLEN ZUM TEXT

Vertrauen in die Führung des Landes und Erstarben der Mittelklasse

Tabelle 1: Dynamik der durchschnittlichen monatlichen Vertrauensratings von Präsident, Ministerpräsident und Parteien.

	Mai 2009	Mai 2010	Juni 2011	Veränderungen im Zeitraum Mai 2009 – Juni 2011
A: Vertrauens-Rating				
D. Medwedew	58 %	55 %	45 %	- 13 %
W. Putin	71 %	64 %	52 %	- 19 %
»Einiges Russland« (Wahlrating)	56 %	50 %	43 %	- 13 %
B: Misstrauens-Rating				
D. Medwedew	12 %	15 %	22 %	+ 10 %
W. Putin	9 %	14 %	20 %	+ 11 %
KPRF + LDPR + SR (Wahlrating für die Gegner von »Einiges Russland«)	17 %	21 %	24 %	+ 7 %
C: Saldo (Vertrauen minus Misstrauen)				
D. Medwedew	46 %	41 %	23 %	- 23 %
W. Putin	62 %	50 %	32 %	- 30 %
»Einiges Russland« / KPRF + LDPR + SR (Verhältnis der Wahlschätzungen)	39 %	29 %	19 %	- 20 %

Quelle: Stiftung Gesellschaftliche Meinung (FOM). KPRF= Kommunistische Partei der Russischen Föderation; LDPR = Liberaldemokratische Partei Russlands; SR = Sprawedliwaja Rossija (Gerechtes Russland).

Tabelle 2: Anteil des Einkommens aus Eigentum in Prozent der Gesamteinnahmen der Bevölkerung

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Russische Föderation	7,3 %	7,1 %	5,8 %	5,2 %	7,8 %	8,3 %	10,3 %	10,3 %	8,9 %	6,2 %
Moskau	16,1 %	14,5 %	11,7 %	8,6 %	13,1 %	15,6 %	24,7 %	24,7 %	20,0 %	16,0 %
Gebiet Moskau	3,1 %	2,9 %	2,0 %	7,5 %	10,7 %	9,8 %	10,0 %	10,0 %	12,6 %	5,9 %
St. Petersburg	9,9 %	9,9 %	9,0 %	8,4 %	12,3 %	10,8 %	8,3 %	8,3 %	8,6 %	7,3 %

Quelle: Angaben des russischen Statistikamts Rosstat.

Tabelle 3: Anteil des Arbeitslohns in Prozent der Gesamteinnahmen der Bevölkerung

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Russische Föderation	35,3 %	38,1 %	38,7 %	41,0 %	39,5 %	40,5 %	40,0 %	39,5 %	41,4 %	44,7 %
Moskau	38,8 %	46,3 %	44,0 %	48,6 %	44,5 %	42,8 %	43,1 %	39,1 %	40,4 %	39,9 %
Gebiet Moskau	17,2 %	18,4 %	20,8 %	23,6 %	25,1 %	25,6 %	30,0 %	32,0 %	36,2 %	50,3 %
St. Petersburg	40,0 %	42,7 %	46,3 %	51,9 %	41,4 %	41,4 %	38,2 %	43,0 %	49,1 %	60,6 %

Quelle: Angaben des russischen Statistikamts Rosstat.

Zusammengestellt von Michail Dmitriew

KOMMENTAR

Modernisierung in Russland: Der »Blick von unten« oder warum die Initiativen von Präsident Medwedew auf der Stelle treten

Von Andrei Yakovlev, Moskau

Die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft war und ist eines der zentralen Ziele im Programm von Präsident Dmitrij Medwedew. Mit dieser Devise wurde das Projekt »Skolkowo« angestoßen, wurden Forschungsuniversitäten bestimmt, und gegenüber Großunternehmen und Staatskonzernen begann eine »Nötigung zu Innovationen«. Mit Ergebnissen dieser Politik sieht es aber nicht so rosig aus.

Meiner Meinung nach geht es nicht darum, nach unfindbaren »Gegnern der Modernisierung und des Fortschritts« zu suchen, sondern um Akzente und Methoden der Politik selbst. Erstens ist für sie ein verengtes Verständnis von Modernisierung charakteristisch, das zu Innovationen im traditionellen Sinne führt – anders ausgedrückt: zu rein technischen Innovationen. Zweitens wird die gegenwärtige russische Modernisierungspolitik allein von oben betrieben, bei gleichzeitiger Ausweitung der Reglementierung der Tätigkeiten von Beamten auf allen Ebenen.

Da steht für die Unternehmerschaft gewissermaßen »der Wagen vor dem Pferd« – viele russische Unternehmen haben einfach nicht das Effizienzniveau erreicht, bei dem eigene Forschung und die Entwicklung eigener Produkte Gewinne einbringt. Gleichzeitig haben die Beamten weder Spielraum noch Anreize, um Initiativen zu fördern. Bei »Modernisierungserfolgen« können sie allenfalls gelobt werden, bei Verletzung der Vorschriften und Anweisungen der föderalen Staatskasse, der Föderalen Antimonopolbehörde (FAS), dem Rechnungshof und anderer Kontrollinstanzen können sie dagegen nicht nur ihr Amt verlieren, sondern auch angeklagt werden.

Was ist nötig, um die »Modernisierung der Bevölkerung nahezubringen«?

Erstens: Es bedarf eines breiten Verständnisses von Modernisierung. Eine neue Qualität des Wirtschaftswachstums, die Steigerung der Effizienz und der Anstieg des Lebensstandards – die eigentlichen Ziele von Moder-

nisierung – können heute durch unterschiedliche Faktoren erreicht werden. Hierzu zählt nicht nur technische Innovation, die in der gegenwärtigen Politik besondere Beachtung findet, sondern auch die Erneuerung des Produktionspotentials durch die Übernahme von Technologien sowie eine moderne Organisation der Managementprozesse.

Russland verfügt, dank des sowjetischen Erbes bei Bildung und Forschung, über ein beachtliches Innovationspotential. Gleichzeitig bleibt jedoch für einen bedeutenden Teil der Unternehmen die Übernahme von Technologien, die in den Industrieländern entwickelt und schon getestet wurden, sowie die Verbesserung der Managementprozesse hoch aktuell. Die Übernahme von Technologien und die Einführung moderner Managementmethoden in russischen Unternehmen ermöglichen eine deutliche Steigerung der Produktivität und sind eine Voraussetzung für die Schaffung einer Nachfrage nach Innovation, da nur bei einem ausreichend hohen Effizienzniveau eine Nachfrage nach klassischer Innovation entsteht. Dabei stellen für die einzelnen russischen Unternehmen die Übernahme von Technologien, die in entwickelten Ländern genutzt werden, der Einstieg in die Exportmärkte und eine Produktqualität, die internationalen Standards entspricht, bereits ernstzunehmende Innovationen dar. Genau deswegen sollte der Staat Modernisierungsprozesse in allen Formen anregen – Innovationen, die Übernahme modernster Technologien und die Einführung moderner Methoden zur Organisation von Managementprozessen.

Zweitens: Es bedarf eines realistischen Verständnisses von der Rolle des Staates bei der Modernisierung und einer klaren Vorstellung über die anderen Akteure dieses Prozesses. Der Staat kann Modernisierungsprozesse initiieren. Umgesetzt wird die Modernisierung jedoch von Wirtschaftsakteuren, die in umfassendem Sinne planen müssen – darunter nicht nur kleine, mittlere und Großunternehmen, sondern auch Einrichtungen in staatlicher Trägerschaft, regionale und lokale Staatsorgane. Die Modernisierung ist möglich, wenn sie den Interessen der Wirtschaftsakteure entspricht (genauer – denen der fortschrittlichsten unter ihnen) und wenn diese Wirtschaftsakteure ihrerseits entsprechende Initiativen entwickeln.

Zur Klärung der tatsächlichen Interessen der Akteure bedarf es eines Rückkoppelungsmechanismus – nicht im Format der »Einbahnstraßenkonferenz« beim »Großen Chef«, sondern durch einen Dialog, bei dem die Föderalregierung als Partner der regionalen Staatsorgane, pri-

vater Unternehmen (in Form von Unternehmensverbänden) und Organisationen des kommunalen Sektors (die ebenfalls ihre eigenen Vertreter haben sollten) auftritt.

Drittens: Innovationen sind möglich, wenn man persönlicher Initiative Freiraum lässt. Dieser Raum ist heute jedoch durch immer detailliertere Vorgaben und Regulierungen eingeschränkt. Die Einschränkungen erstrecken sich sowohl auf Einrichtungen in staatlicher Trägerschaft und Organe der Staatsverwaltung als auch auf Privatunternehmen. Der Staat schreibt vor, was erlaubt ist und was nicht. Die sich ausbreitende Regulierung ist eine Reaktion auf das Scheitern von Markt und Staat, das für die 1990er Jahre charakteristisch war, und spiegelt das Bestreben wider, die Risiken zu minimieren und die an Wirtschaftstransaktionen Beteiligten vor möglichen Betrügereien und Manipulationen zu schützen. Auf der anderen Seite bedeutet diese Tendenz, dass jegliche Initiative, jedes neue Projekt für die Wirtschaftsakteure heute mit erheblichen zusätzlichen Lasten und Risiken verbunden ist.

Vor diesem Hintergrund ist in der Politik der Präsidialadministration und der Regierung eine Akzentverschiebung von der aktuellen Reglementierung der Haushaltsausgaben in Richtung einer Ergebniskontrolle unabdingbar. Dies betrifft in gleichem Maße staatliche Investitionen, Staatseinkäufe, die Co-Finanzierung von Innovationsprojekten usw. Ein Regierungsbeamter sagte hierzu kürzlich in einem Seminar zur Strategie-2020 in der Higher School of Economics: Es ist offensichtlich, dass die Präsidialadministration den Willen hat, etwas zu verändern. Doch dieser wird durch die Bemühungen überdeckt, den Prozess nicht außer Kontrolle geraten zu lassen und alles an kurzer Leine zu halten.

Zu guter Letzt: Wie sollen reale, von unten heranwachsende Projekte von jenen ehrgeizigen »Projects« unterschieden werden, die heutzutage von verschiedensten Akteuren angeboten werden und im Wesentlichen auf das Anzapfen von Haushaltsmitteln ausgerichtet sind? Das Kriterium für die Ernsthaftigkeit von Initiativprojekten sind Investitionen in diese Projekte durch die Unternehmen, die Einrichtungen in staatlicher Trägerschaft sowie die regionalen und lokalen Staatsorgane. Aus diesem Grund sollte die Unterstützung der Modernisierungsprozesse durch die Föderalregierung auf Prinzipien der Co-Finanzierung basieren und der Bereitstellung organisatorischer Unterstützung für jene Projekte, die schon selbst von unten mit der Umsetzung, der Einwerbung privater Gelder begonnen haben.

Übersetzung: Christoph Laug

Über den Autor

Professor Andrei Yakovlev ist Direktor des Instituts zur Analyse von Unternehmen und Märkten an der Higher School of Economics, Moskau.

Wahlen und Machtarrangements

Putin oder Medwedew – ist das wirklich der Kern der Frage?

Von Hans-Henning Schröder, Berlin

Zusammenfassung

Zwischen Putin und Medwedew scheint es einen öffentlich nicht erklärten Wettlauf um die Kandidatur für das Präsidentenamt zu geben. Beide lassen erkennen, dass sie das Amt anstreben, zwischen beiden scheint es in einigen Politikfeldern Meinungsunterschiede zu geben. Die Situation ist unklar. Zugleich herrscht in der Gesellschaft große Verunsicherung. In der Bevölkerung wächst die Verdrossenheit über die soziale Situation und die politischen Verhältnisse. Die Führungsschichten bringen Teile ihres Vermögens ins Ausland, solange nicht klar ist, welche Gruppen Ressourcenzugriff erhalten und welche Macht einbüßen. Vor diesem Hintergrund scheint das »Duell« Putin-Medwedew die eigentlichen Verteilungskämpfe zu verdecken. Doch bleibt die Frage offen, ob die neue – oder alte – Administration in der Lage ist, die Gesellschaft wieder zu integrieren. Die Maßnahmen, die notwendig sind, Frustration und Verdrossenheit der Bevölkerung zu überwinden, beschädigen die Interessen der Macht- und Geldelite.

Putin versus Medwedew?

»Die erste Frage ist, entschuldigen Sie, nicht sehr originell. Aber ich glaube, die ganze Welt erwartet eine Antwort. Wollen Sie nächstes Jahr für den Posten des Präsidenten kandidieren?« Neil Buckley, der *East European news editor* der »Financial Times«, der Präsident Dmitrij Medwedew am 20. Juni diese Frage stellte, war sich bewusst, dass er eine nichtssagende Standardantwort bekommen würde. Beiden, Interviewer wie Interviewtem, war klar, dass die russische Führung zunächst einen Konsens über das künftige Machtarrangement finden musste, ehe sie den Kandidaten für das Präsidentenamt bekannt gab, und dass sie den Zeitpunkt der Bekanntgabe selbst bestimmen würde. Die Frage nach der Kandidatur Medwedews, die in der russischen und der westlichen Presse immer wieder gestellt wird, ist denn auch eher der Versuch, Informationen darüber zu erhalten, wieweit der Meinungsbildungsprozess innerhalb der russischen Machtelite vorangekommen ist.

Die Medien konzentrieren sich dabei auf die Personalkonstellation – auf die Frage, ob Putin oder Medwedew der künftige Präsident sein wird –, und es wird unterstellt, dass sie unterschiedliche Programme vertreten. Jede Äußerung der beiden Protagonisten wird auf versteckte Gegensätze geprüft. Als Medwedew im September 2009 mit dem Artikel »Vorwärts Russland!« seine Modernisierungskampagne einleitete, verstanden viele Beobachter die Einleitungspassagen, in denen er »die primitive Rohstoffökonomie, die chronische Korruption« geißelte, als Angriff auf seinen Vorgänger Putin. Später wurde auch vermerkt, dass Medwedew sich für den WTO-Beitritt einsetzte, Putin hingegen die Zollunion mit Belarus und Kasachstan vorantrieb. Dass Medwedew den Präsidentenrat zur Förderung der Menschenrechte und Zivilgesellschaft wiederbelebte, der unter

Putin eingeschlafen war, galt auch als Indiz für politische Konkurrenz. Die gab es auch in der Außenpolitik. Das wurde offensichtlich, als Ministerpräsident Putin die Enthaltung im UN-Sicherheitsrat, die die NATO-Intervention ermöglichte, öffentlich der Kritik unterzog, die der Präsident wiederum energisch zurückwies. Dieser Fall hatte eine gewisse Pikanterie, da außenpolitische Entscheidungen in Russland ein Prärogativ des Präsidenten sind und der Ministerpräsident eindeutig seine Kompetenzen überschritten hatte.

Wirtschaftspolitik hingegen gehört zu Putins Aufgabebereich. Und auch hier gab es 2011 erkennbare Meinungsunterschiede: Im April erklärte der Ministerpräsident in seinem Rechenschaftsbericht vor der Duma, das Land brauche Jahrzehnte einer stabilen und ruhigen Entwicklung: »Ohne überraschende Kehrtwenden aller Art, ohne gedankenlose Experimente, die sich aus einem unerprobten Liberalismus speisen, oder – auf der anderen Seite – aus sozialer Demagogie.« Dmitrij Medwedew hielt dem zwei Monate später entgegen: »Ich will hier ganz klar feststellen, dass wir keinen Staatskapitalismus aufbauen.« Beobachtern schien es, dass beide Protagonisten im Vorfeld der Parlaments- und Präsidentenwahlen Agenden entwickelten, die durchaus voneinander abwichen.

Gewiss versicherten beide, es bestünden keine Meinungsverschiedenheiten; beide – Putin und Medwedew – ließen aber auch durchblicken, dass sie sich eine Kandidatur im Jahre 2012 durchaus vorstellen könnten. Putins Anstrengungen, durch den Aufbau einer »Allrussischen Volksfront« eine stabile Basis für den Sieg der »Partei der Macht« zu schaffen, können in diese Richtung gedeutet werden. Medwedew wiederum hat in seinem Interview für die »Financial Times« erklärt, dass ein Präsident praktisch verpflichtet sei, zur Wahl anzutre-

ten. Doch er räumte ein, die Entscheidung hänge nicht allein von ihm ab. In der Tat haben beide Protagonisten stets erklärt, dass sie bei der Präsidentenwahl nicht gegeneinander antreten würden. Nur einer von beiden würde sich der Wahl stellen. Welcher von beiden – das werde man gemeinsam entscheiden.

Kein offener politischer Wettbewerb, nur Andeutungen konkurrierender Programme, keine klare Aussage über Kandidaturen – all das kennzeichnet den Zustand des politischen Systems: Die politischen Akteure stellen sich nicht der Entscheidung durch den Wähler, die eigentliche Entscheidung fällt im engen Kreis und der Wahlvorgang hat nur noch den Charakter eines Plebiszits.

Frustration und Verdrossenheit

Dieses System politischer Herrschaft hat in den beiden Amtszeiten Putins gut funktioniert. Das Vertrauen zum Präsidenten war hoch, die Bevölkerung erkannte sich in Putin wieder. In einer Gesellschaft, die durch scharfe soziale Gegensätze geprägt und in der das Vertrauen zu den Verfassungsinstitutionen gering ist, stellt der Präsident das einzige stabilisierende Element dar. Der Gegensatz zwischen »oben« und »unten«, zwischen »Macht« und »Volk« wird durch den Glauben an den Präsidenten überbrückt. Diese Form gesellschaftlicher Integration über Personenvertrauen funktionierte in den Putin-Jahren. Und es gelang der Putin-Administration, dieses Modell auch in die Medwedew-Jahre zu überführen. Die Co-Habitation von Putin und Medwedew sicherte nicht nur die Wahl Medwedews, sie gab diesem auch einen sicheren Rückhalt im Umgang mit den Interessengruppen innerhalb der Eliten und im Dialog mit der Bevölkerung, die in der Mehrheit immer noch auf Putin setzte. Der Ministerpräsident garantierte der Exekutive die öffentliche Zustimmung. Das führte auch zu eigenartigen Verzerrungen: Während die Regierung mit Werten um die 50 % abschnitt, erhielt Putin Zustimmungsraten im 80%-Bereich, obwohl er die Verantwortung für das Regierungshandeln trug. Auch die hohen Werte für Medwedew schließen sich an Putins Ratings an – sie sind gewissermaßen vom Ministerpräsidenten geborgt. (vgl. Grafiken 27–30 auf S. 28–29).

In den ersten Monaten des Jahres 2011 scheint die politische Magie der Person Putin jedoch nicht mehr in der gleichen Weise zu wirken wie früher. Die Ratings von Ministerpräsident, Präsident und Regierung gehen zurück. Immer noch liegen sie weit vor denen anderer Politiker, doch der Trend muss alarmieren – gerade in einem Wahljahr. Auslöser für Stimmungsumschwung waren die Preissteigerungen im Winter gewesen. Im Dezember waren die Verbraucherpreise um 1,1 % im Monat gestiegen, im Januar gar um 2,4 %. Die Angst

vor Preissteigerungen erreichte 2011, den Umfragen zufolge, denn auch Werte wie während der Finanzkrise 2008. Parallel mit der Inflationsangst stieg die Unzufriedenheit mit der verbreiteten Armut, den Unterschieden zwischen Arm und Reich und mit der Korruption. Das Wachstum der Bürokratie, der Ärger darüber, dass die Beamten sich auf Kosten der Bürger bereicherten, stieg rasch an. Über 90 % der Bürger nahmen an, dass hohe Beamte über Konten im Ausland verfügten. (vgl. Grafik 19 auf S. 19).

Die Unzufriedenheit äußerte sich aber nicht in einer wachsenden Protestbereitschaft. Nur in den Preissteigerungsmonaten um die Jahreswende gab es ein gewisses Anwachsen des Protestpotentials. Der Unmut äußerte sich eher indirekt. Zwischen April 2009 und Mai 2011 wuchs der Anteil derjenigen, die über Auswanderung nachdachten von 13 % auf 22 %. Bei Jugendlichen betrug er nach Angabe von Sprechern des Lewada-Zentrums 2011 sogar zwischen 30 % und 40 %. Man kann davon ausgehen, dass nur ein kleiner Teil diesen Emigrationswunsch auch realisieren wird. Doch zeigen die Zahlen, dass viele Russen nicht mehr an eine Änderung der Verhältnisse glauben wollen. Verdrossenheit und Frustration bestimmen das politische Klima.

Die Oligarchen sind irritiert

Die »Gewinner« der Putin-Jahre, die Oligarchen und die »Tschinowniki« (die Beamten und Bürokraten – der pejorative Terminus aus der Zarenzeit ist heute wieder geläufig), haben gewiss nicht zu klagen. Laut Forbes-Liste verdoppelte sich die Zahl der Milliardäre in Russland in einem Jahr – von 2010 auf 2011 stieg sie von 59 auf 101 an. Doch auch diese Gruppe reagierte nervös. Zwischen Oktober 2010 und März 2011 flossen über 30 Mrd. US Dollar aus Russland ab. Die Summen waren nicht so hoch wie im Jahr der Finanzkrise, doch vergleicht man die Kapitalbewegungen mit den Jahren 2006 und 2007, als die Energiepreise sich auf einem ähnlich hohen Niveau bewegten wie 2011 und ebenfalls ein Präsidentenwechsel anstand, dann stellt sich die Frage, warum die russische Hochfinanz 2011 ihr Kapital aus dem Land abzieht (vgl. Grafik 1 auf S. 12).

Die Erklärung liegt vermutlich in der politischen Unsicherheit der gegenwärtigen Phase. So lange nicht klar wird, welche Administration 2012 für sechs Jahre die Macht übernimmt, und welche Modernisierungsmaßnahmen die Unternehmer zu gewärtigen haben, bringen sie ihre flüssigen Mittel lieber in Sicherheit. Vergleicht man das Jahr 2011 mit dem Wahljahr 2007, in dem es um die Frage der Putin-Nachfolge ging, so sticht ins Auge, dass 2007 Kapital ins Land kam und nicht abfloss. Der Präsidentenwechsel 2008 hat die großen Kapitalbesitzer offensichtlich bei weitem nicht so beun-

ruhigt wie die Nachfolgefrage 2012. Das mag damit zusammenhängen, dass die von Medwedew und Putin propagierten Reformvorhaben – sollten sie realisiert werden – für große Teile der Eliten die Möglichkeiten des Ressourcenzugriffs beschränken würden. Ein funktionierendes Rechtssystem würde etwa die Möglichkeit »unfreundlicher Übernahmen« durch einen »Raid« – einen mitunter gewaltsamen, von Staatsverwaltung und Sicherheitskräften unterstützten und sanktionierten Handstreich – beschneiden. Es würde die Korruptionseinnahmen der hohen Beamten reduzieren. Auch die Privatisierung von Staatskorporationen würde den Ressourcenzugriff von Beamten behindern. Der vom Präsidenten verordnete Rückzug von Ministern aus den Aufsichtsräten staatlich kontrollierter Aktiengesellschaften konnte als Warnung gelten, dass nach der Wahl der Zugriff auf lukrative Positionen neu geordnet werden könnte. Vielen Elitenangehörigen stand vielleicht auch das Schicksal des Lushkow-Imperiums vor Augen. Nach der Absetzung des langjährigen Moskauer Bürgermeisters durch Medwedew hatte sich der Nachfolger Sergej Sobjanin, ein Vertrauter Putins, daran gemacht, die Stadtverwaltung zu reorganisieren und das Finanz- und Immobilienimperium, das Lushkow um seine Administration herum aufgebaut hatte, umzustrukturieren. Das hatte viele Beamte die Position gekostet und Lushkows Hausbank, die *Bank Moskwy*, war gefährlich ins Trudeln gekommen.

All dies mag für einen Oligarchen oder einen Beamten mit Auslandskonto starke Anreize schaffen, sein Kapital wenigstens vorübergehend in Sicherheit zu bringen. Mag sein, dass Mitte 2012, wenn die Machtverhältnisse sich geklärt und der Pulverdampf sich verzogen hat, die Gelder zurückfließen. Doch einstweilen machen die Daten über Kapitalexport deutlich, dass die Machtelite der Zukunft ebenso wenig traut wie die einfachen Bürger.

Der Hund des Alkibiades

Es sind solche Beobachtungen, die Julija Latynina dazu brachten, sich an den Hund des Alkibiades zu erinnern. Alkibiades, ein Schüler des Sokrates und ein ebenso hochbegabter wie skrupelloser Politiker im alten Athen, ließ einst seinem teuren Hund den Schwanz kupieren. Er wollte, dass seine Mitbürger sich über den Hund des Alkibiades erregten und darüber des Alkibiades' politische Winkelzüge vergäßen. Julija Latynina, eine hochqualifizierte Wirtschaftsjournalistin mit einem umfassenden Wissen über Vermögensverschiebungen in den Transformationsjahren, heute abgedrängt in regierungsferne Medien wie »Nowaja gaset«, »Moscow Times« und »Echo Moskwy«, bezweifelt offen, dass es bei der Nachfolge um die Frage geht, ob sich Putin oder Med-

wedew mit ihren »Programmen« durchsetzen. Dieses »Duell« ist für sie bloß der »Hund des Alkibiades« – ein Ablenkungsmanöver. Kern ist für sie die Frage, welche Elitegruppen nach 2012 den Zugriff auf Macht- und Finanzressourcen haben. Und die russischen *Primaries*, der Vorwahlkampf, der im Frühjahr und Sommer 2011 im Verborgenen stattfindet, haben nicht in erster Linie das Ziel, den Kandidaten zu bestimmen, in ihnen wird geklärt, wie die Ressourcen verteilt werden.

Es geht danach also nicht so sehr um »liberale« versus »konservative« Positionen, sondern darum, wer in den nächsten sechs Jahren über Nickel, Gas, Öl, Aluminium, die Immobilien-, Mobilfunk- und andere Märkte verfügen kann. Das ist vielleicht nicht von den Personen Putin und Medwedew zu trennen, doch geht es weniger um deren politische Programme als um die Clans, die um sie gruppiert sind. Geht man von dieser These der Journalistin Latynina aus – die auch von der Lilija Schewzowa geteilt wird, über lange Jahre eine der führenden politischen Analytikerinnen in Moskau –, dann gestaltet sich der politische Kalender der Jahre 2011/2012 in etwa folgendermaßen:

- Im Laufe des Jahres 2011 wird ein Machtarrangement ausgehandelt, das die wichtigen Elitengruppen berücksichtigt und eine Balance innerhalb des Elitenkartells schafft.
- Teil des Machtarrangements ist die Verteilung der relevanten Führungsposten. Im Sommer oder Herbst wird sich der innere Zirkel darüber im Klaren sein, wer im Mai 2012 das Amt des Präsidenten antritt. Man kann davon ausgehen, dass diejenigen, die leer ausgehen, anderweitig abgefunden werden.
- Nachdem die politischen Entscheidungen getroffen sind, gilt es dafür zu sorgen, dass die Parteien, die das Machtarrangement tragen, bei den Dumawahlen im Dezember 2011 eine stabile Mehrheit erzielen. Die Schaffung der »Allrussischen Volksfront« soll vermutlich diesem Ziel dienen, da die Partei »Einiges Russland« in der Bevölkerung kein hohes Ansehen genießt.
- Zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt (wahrscheinlich nach den Dumawahlen, vielleicht – wenn der öffentliche Druck zu groß ist – schon früher), wird der Kandidat für das Präsidentenamt öffentlich benannt, der dann im März 2012 gewählt wird. Putin und Medwedew erzielten 2004 und 2008 um die 70 %. Ein ähnliches Wahlergebnis ist wieder zu erwarten.

Spielt das Volk mit?

Dieser Kalender hat nur eine Schwäche – er geht davon aus, dass die Verdrossenheit der Bevölkerung ohne Bedeutung ist. Gewiss ist es seit 1996 der Administra-

tion immer gelungen, den gewünschten Kandidaten durchzusetzen: 1996 Jelzin, 2000 Putin, 2008 Medwedew. Die Wahlmaschinen in den Regionen haben professionell gearbeitet und die notwendigen Mehrheiten geschaffen. Die Regionalwahlen im März 2011 haben allerdings Ergebnisse erbracht, die unterhalb der angestrebten Marge lagen. Das hat in der politischen Führung Unruhe ausgelöst. Nur so sind die diversen Manöver zur Organisation neuer Parteiformationen zu erklären: die Bildung der »Allrussischen Volksfront«, die die Rolle von »Einiges Russland« übernehmen soll, die Übernahme der Partei »Rechte Sache« durch den Oligarchen Michail Prochorow und die Senkung der Sieben-Prozent-Hürde, um den Dumazugang zu erleichtern. Ob es gelingt, die gewünschten Mehrheiten zu erzielen, ohne zu direkter Wahlfälschung zu greifen, muss abgewartet werden.

Doch jenseits des Wahlerfolgs ist die neue (oder alte) Administration mit einem kaum lösbaren Dilemma konfrontiert: Will sie die verbreitete Unzufriedenheit in der Bevölkerung überwinden, muss sie die Situation im Lande nachhaltig verändern. Die sozialen Gegensätze müssen gemildert, die Korruption muss zurückgedrängt, Bildungswesen, Gesundheits- und Sozialversorgung müssen reformiert werden. Die neue Regierung muss die Rechtlichkeit stärken und die Gesellschaft stärker integrieren. Dem stehen aber die Interessen der Elitengruppen entgegen. Ob die nächste Administration stark genug sein wird, dieses Dilemma zu lösen, ist zweifelhaft. Dann bliebe Auswanderung tatsächlich die einzige Alternative für die junge Intelligenz.

Über den Autor

Hans-Henning Schröder lehrt am Osteuropa-Institut der Freien Universität in Berlin »Regionale Politikanalyse mit Schwerpunkt Osteuropa«.

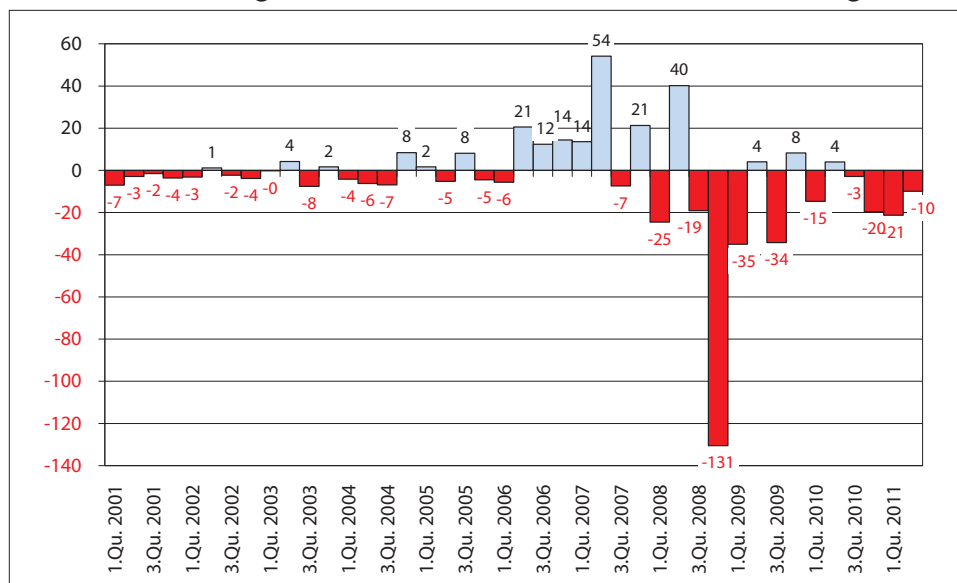
Lesetipps

- Abdullaev, Nabi; Saradzhyan, Simon: Alternative futures for Russia: the presidential elections and beyond. EUISS Occasional Paper 92, 26 May 2011 http://www.iss.europa.eu/uploads/media/op92-Alternative_futures_for_Russia.pdf, 12. Juli 2011
- Luchterhandt, Otto: Russlands »Tandemokratie« unter Putin und Medvedev: Co-Habitation oder Provisorium, in: Abhandlungen der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft, LXIII.2011, S. 167–208.

GRAFIKEN ZUM TEXT

Kapitalflucht vor den Wahlen

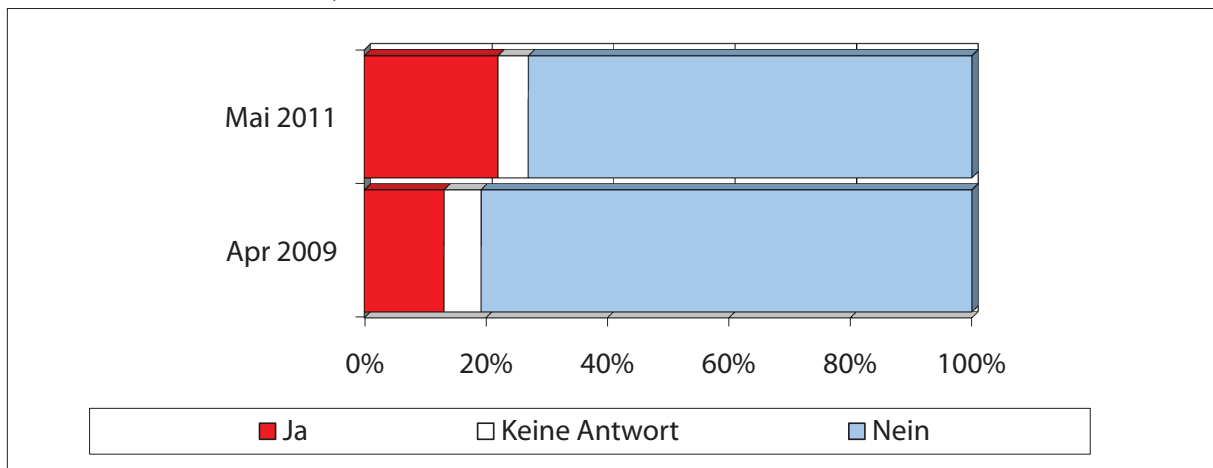
Grafik 1: Nettokapitalexport des Privatsektors 2001–2011
(Zahlungsbilanz, Mrd. US Dollar, nach Quartalen, Angaben der Zentralbank)



Quelle: Angaben der Zentralbank, http://www.cbr.ru/statistics/print.aspx?file=credit_statistics/capital.htm

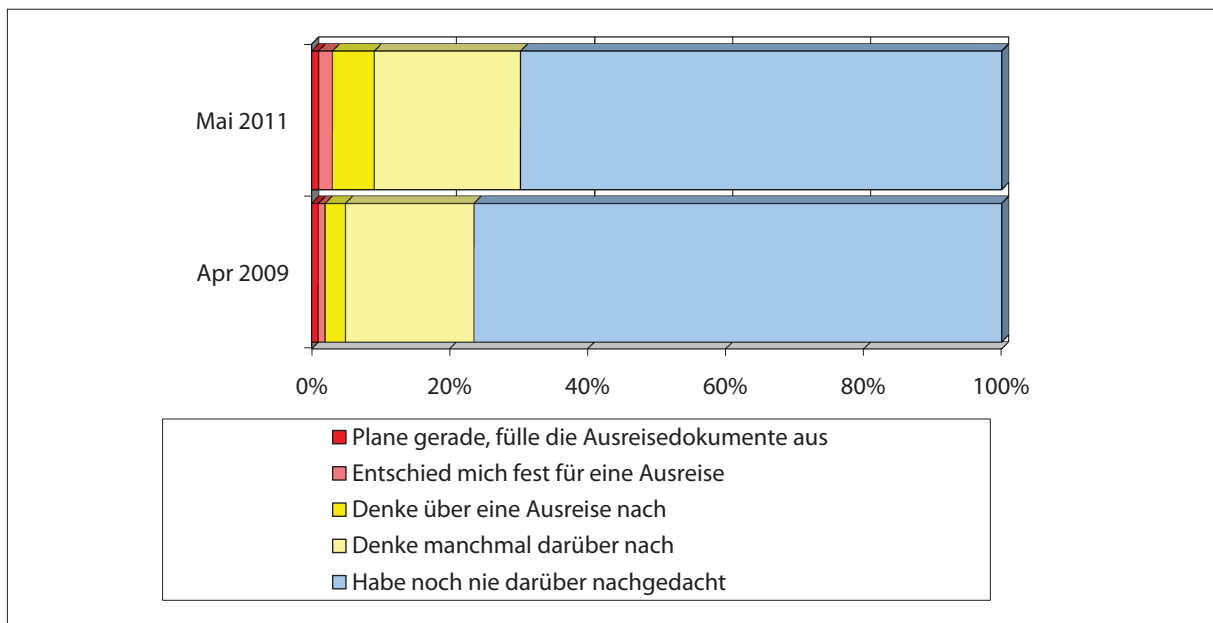
Wachsendes Unbehagen mit dem eigenen Land: der Wunsch auszuwandern

Grafik 2: Würden Sie dauerhaft ins Ausland ausreisen (über die Grenzen der ehemaligen UdSSR hinaus)?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 13.–16. Mai 2011, <http://www.levada.ru/press/2011062101.html>

Grafik 3: In wie weit sind Sie im Moment bereit, über die Grenzen der ehemaligen UdSSR hinaus dauerhaft ins Ausland auszureisen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 13.–16. Mai 2011, <http://www.levada.ru/press/2011062101.html>

UMFRAGE

Politische Stimmungen im Wahljahr

Tabelle 4: Drängende gesellschaftliche Probleme: Welche der folgenden gesellschaftlichen Probleme machen ihnen am meisten Sorgen und zählen Sie zu den drängendsten? (5–6 Antwortmöglichkeiten)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
1. Preisanstieg	71 %	70 %	81 %	75 %	71 %	81 %
1. Armut, Verarmung eines Großteils der Bevölkerung	55 %	52 %	50 %	42 %	51 %	59 %
3. Anstieg der Arbeitslosigkeit	36 %	33 %	27 %	57 %	47 %	40 %
4. Korruption, Bestechung	23 %	25 %	23 %	23 %	28 %	31 %
5. Scharfe Kluft zwischen Arm und Reich, ungerechte Einkommensverteilung	32 %	32 %	34 %	28 %	29 %	31 %
6. Wirtschaftskrise, Produktionsrückgang in der Industrie und Landwirtschaft	31 %	31 %	31 %	48 %	36 %	30 %
7. Krise von Moral, Kultur und Sitten	26 %	21 %	30 %	24 %	28 %	29 %
8. Unerreichbarkeit vieler Arten der medizinischen Versorgung	30 %	32 %	33 %	26 %	27 %	25 %
9. Anstieg des Drogenkonsums	25 %	28 %	26 %	19 %	26 %	24 %
10. Verschlechterung des Zustands der Umwelt	20 %	25 %	23 %	14 %	21 %	18 %
11. Zunahme der Kostenpflichtigkeit, Unzugänglichkeit von Bildung	28 %	29 %	26 %	21 %	16 %	18 %
12. Zunahme der Kriminalität	29 %	26 %	23 %	19 %	20 %	18 %
13. Herrschaft, Missbrauch der Beamten	10 %	10 %	9 %	8 %	14 %	16 %
14. Gefahr durch Anschläge und andere Terrorakte an Ihrem Wohnort	12 %	6 %	7 %	4 %	6 %	16 %
15. Schwäche der staatlichen Macht	14 %	12 %	8 %	9 %	11 %	10 %
16. Zustrom an Ausländern, Migranten	11 %	11 %	8 %	9 %	10 %	10 %
17. Anstieg des Nationalismus, Verschlechterung der interethnischen Beziehungen	8 %	8 %	6 %	6 %	7 %	9 %
18–19. Gewalttätigkeit der Mitarbeiter der Miliz/Polizei	8 %	9 %	6 %	7 %	12 %	9 %
18–19. Terroranschläge in Tschetschenien und im Nordkaukasus	6 %	3 %	3 %	3 %	5 %	9 %
20. Unmöglichkeit, vor Gericht Recht zu erhalten	6 %	6 %	5 %	5 %	6 %	8 %
21. Verzögerungen bei der Auszahlung von Löhnen, Renten, Beihilfen usw.	6 %	3 %	3 %	10 %	7 %	4 %
22–23. Einschränkungen der Bürgerrechte, demokratischer Freiheiten (Meinungs-, Presse-, Bewegungsfreiheit usw.)	2 %	1 %	1 %	2 %	3 %	3 %
22–23. Zunahme von AIDS-Infektionen	7 %	7 %	7 %	6 %	5 %	3 %
24. Konflikte zwischen unterschiedlichen Machtgruppen auf unterschiedlichen Ebenen	4 %	2 %	2 %	3 %	2 %	3 %
Anderes	2 %	1 %	2 %	2 %	2 %	3 %
Keine Antwort	1 %	2 %	2 %	1 %	2 %	6 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 04.–21. Februar 2011 <http://www.levada.ru/press/2011031101.html>

Tabelle 5: Was ist Ihre Hauptkritik an der gegenwärtigen Regierung?

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Kann die Preissteigerung und den Einkommensrückgang nicht aufhalten	25 %	36 %	47 %	47 %	45 %	45 %	48 %	47 %	53 %	57 %	54 %	54 %	53 %
Kann den Menschen keine Arbeit verschaffen	18 %	25 %	29 %	28 %	28 %	33 %	32 %	34 %	32 %	25 %	43 %	41 %	40 %
Kümmert sich nicht um den sozialen Schutz der Bevölkerung	16 %	30 %	33 %	40 %	41 %	43 %	37 %	37 %	46 %	37 %	34 %	36 %	31 %
Kann die wirtschaftlichen Probleme nicht lösen	20 %	22 %	24 %	23 %	19 %	23 %	25 %	24 %	24 %	23 %	25 %	23 %	29 %
Ist korrupt, handelt vor allem im Eigeninteresse	3 %	13 %	17 %	15 %	16 %	19 %	18 %	21 %	26 %	27 %	21 %	21 %	22 %
Kein durchdachtes Programm zur Wirtschaftsentwicklung	14 %	23 %	16 %	15 %	20 %	15 %	20 %	21 %	15 %	13 %	21 %	21 %	22 %
Handelt im Interesse des »großen Kapitals« (bis Feb. 2008: Schatten- und Mafakapitals)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14 %	12 %	13 %	19 %
Bekämpft die Kriminalität nicht effektiv genug	14 %	17 %	20 %	24 %	17 %	19 %	17 %	22 %	23 %	22 %	16 %	18 %	16 %
Kann die Sicherheit der Bürger im Kampf mit dem Terrorismus nicht gewährleisten	10 %	9 %	14 %	14 %	13 %	18 %	16 %	18 %	17 %	8 %	6 %	13 %	14 %
Niedrige Professionalität	3 %	7 %	5 %	7 %	9 %	7 %	9 %	9 %	9 %	7 %	7 %	10 %	10 %
Handelt im Interesse des ausländischen Kapitals	2 %	4 %	2 %	4 %	3 %	4 %	5 %	5 %	5 %	7 %	6 %	4 %	7 %
Kann den Frieden im Nordkaukasus nicht herstellen	-	14 %	14 %	13 %	12 %	9 %	10 %	8 %	8 %	4 %	5 %	7 %	6 %
Anderes	3 %	4 %	4 %	5 %	6 %	7 %	5 %	6 %	5 %	7 %	6 %	6 %	7 %
Keine Kritik an der Regierung	24 %	9 %	8 %	8 %	7 %	8 %	8 %	5 %	5 %	7 %	10 %	9 %	5 %
Keine Antwort	18 %	6 %	8 %	4 %	6 %	3 %	4 %	7 %	5 %	5 %	5 %	3 %	5 %

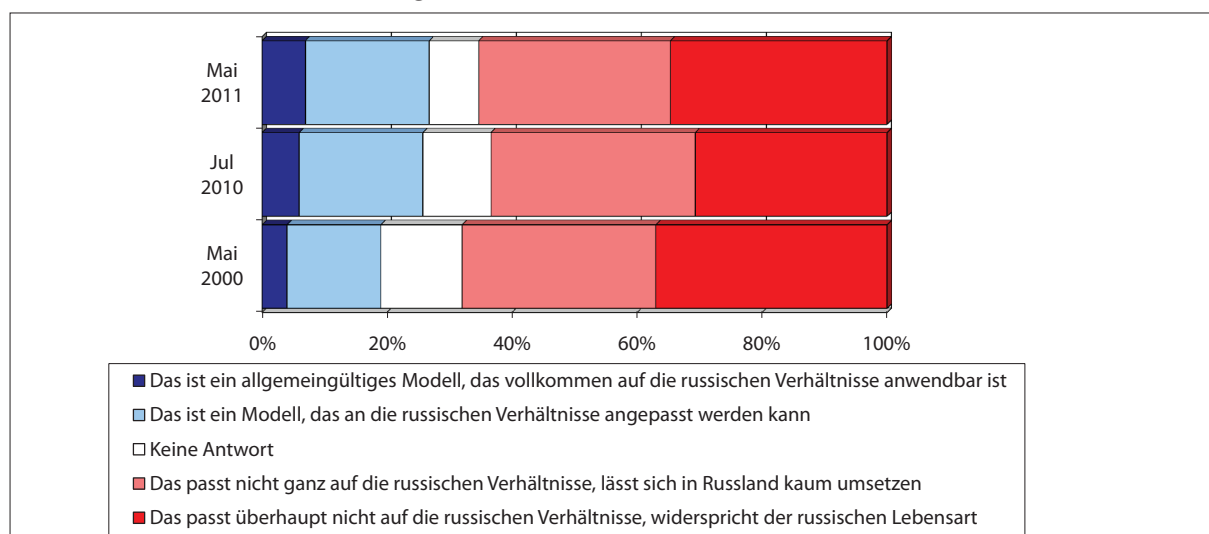
Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums, zuletzt vom 23.–27. Mai 2011, <http://www.levada.ru/press/2011071102.html>

Tabelle 6: Welche der aufgeführten Freiheiten sind Ihnen persönlich besonders wichtig?

	April 2010	April 2011
Ausreichender staatlicher Schutz im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit, Armut	55 %	56 %
Möglichkeit, das zu kaufen, was man gerade will	53 %	53 %
Chancengleichheit für alle im Leben und auf Arbeit	45 %	52 %
Freie Meinungsäußerung	42 %	47 %
Möglichkeit, zu leben, wo man will	45 %	43 %
Freie Berufswahl	46 %	41 %
Möglichkeit, sich im Falle einer ungerechten Behandlung an ein Gericht zu wenden	40 %	41 %
Möglichkeit, Eigentum zu erwerben – Auto, Land, Immobilien	38 %	37 %
Möglichkeit zu reisen, wohin man will	33 %	35 %
Möglichkeit, seine Kinder so zu erziehen, wie man es für richtig hält	37 %	34 %
Religionsfreiheit	30 %	30 %
Möglichkeit, auf die Arbeit der Organisation, des Unternehmens, in dem man arbeitet, Einfluss zu nehmen	22 %	24 %
Unabhängigkeit von staatlicher Kontrolle, staatliche Einmischung in das Privatleben	22 %	22 %
Freiheit, zwischen unterschiedlichen politischen Parteien wählen zu können	13 %	18 %
Möglichkeit, an politischen Versammlungen und Demonstrationen teil zu nehmen	10 %	13 %
Keine der aufgeführten Freiheiten	3 %	1 %
Andere	1 %	1 %
Keine Antwort	3 %	3 %

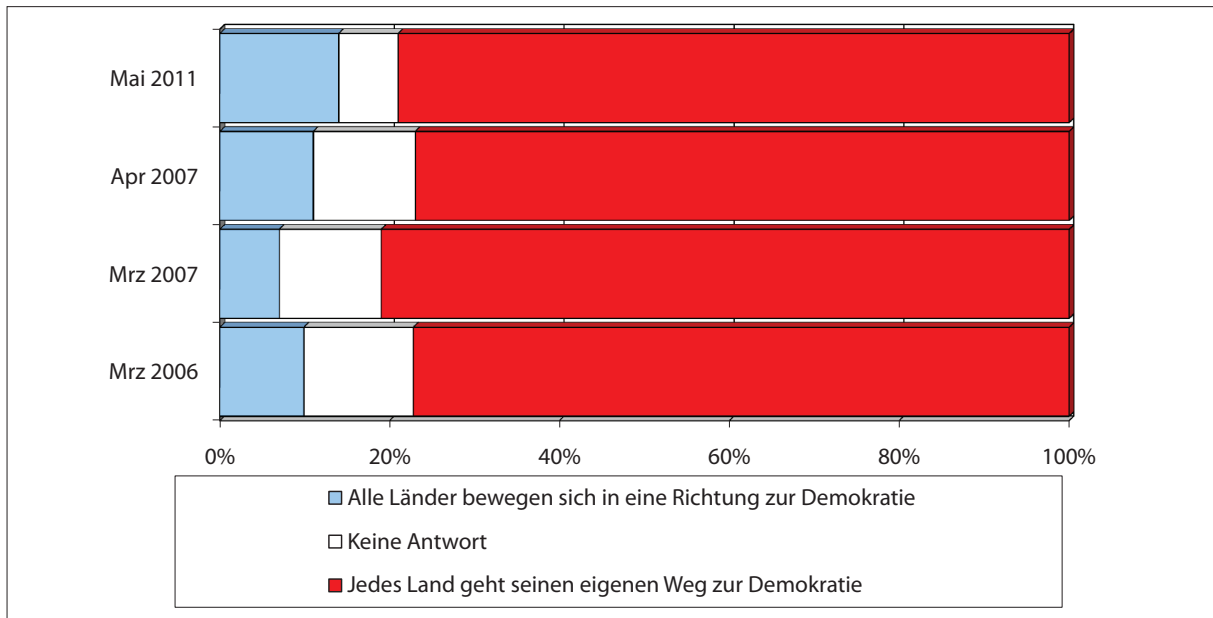
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 1.–20. April 2011, <http://www.levada.ru/press/2011051704.html>

Der Westen – ein Modell?

Grafik 4: In welchem Maße passt die »westliche« (west-europäische, amerikanische) Gesellschaftsordnung zu Russland?


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 13.–16. Mai 2011, <http://www.levada.ru/press/2011062304.html>

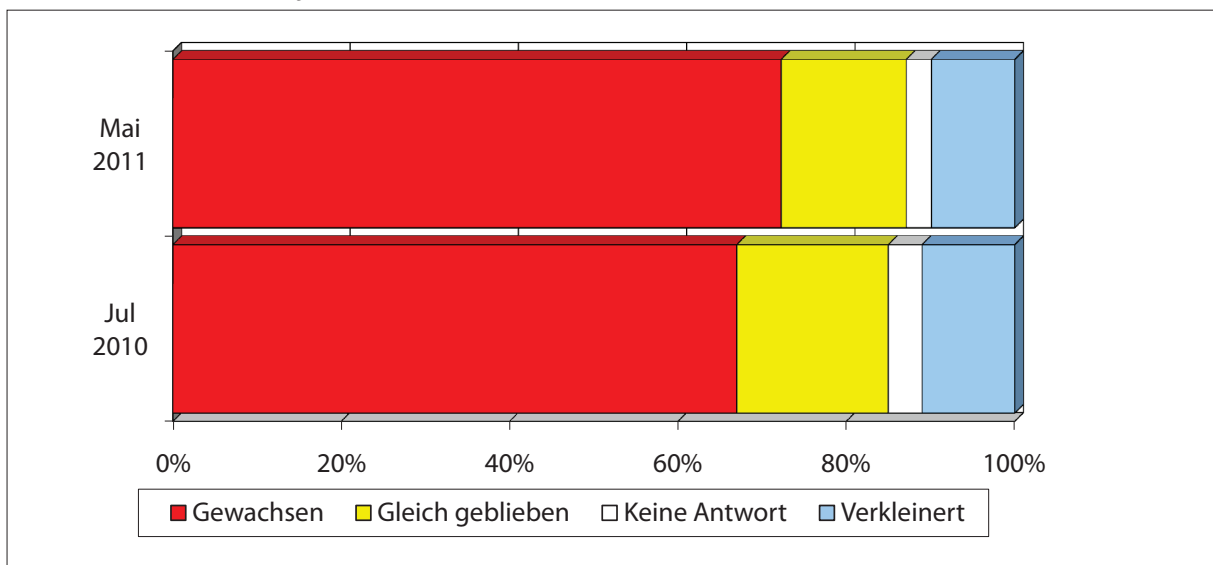
Grafik 5: Bewegen sich die Länder auf einem einzigen Weg auf die Demokratie zu, oder geht jedes Land seinen eigenen Weg?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 13.–16. Mai 2011, <http://www.levada.ru/press/2011062304.html>

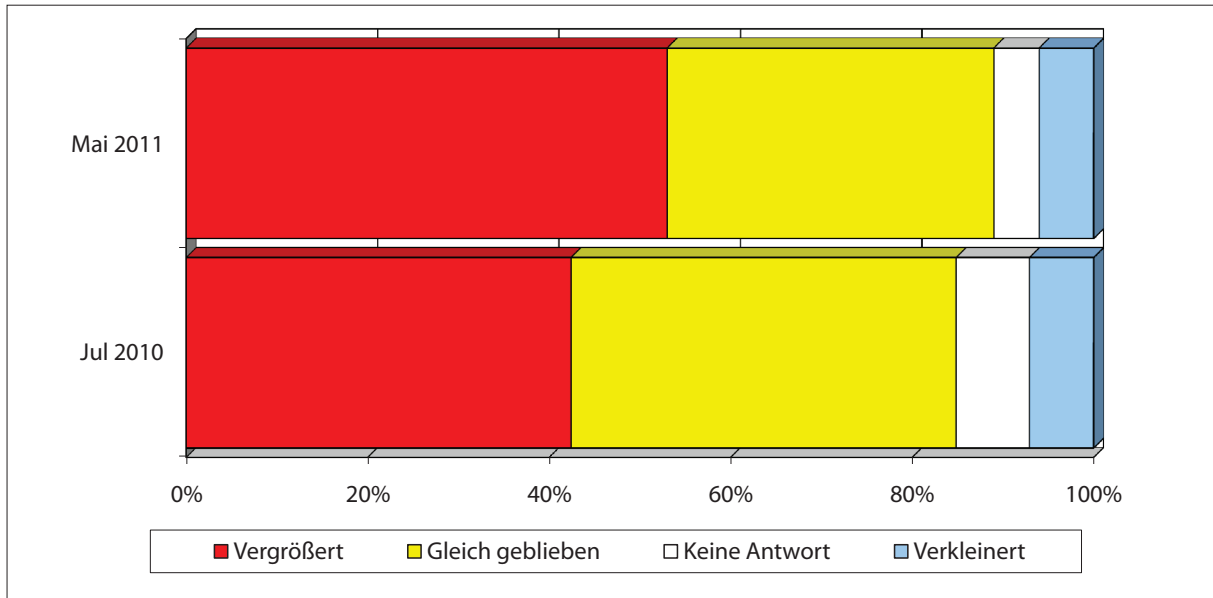
Korruption und soziale Frage

Grafik 6: Wie hat sich die Kluft zwischen Arm und Reich in den letzten zehn Jahren gegenüber den 1990er Jahren verändert?



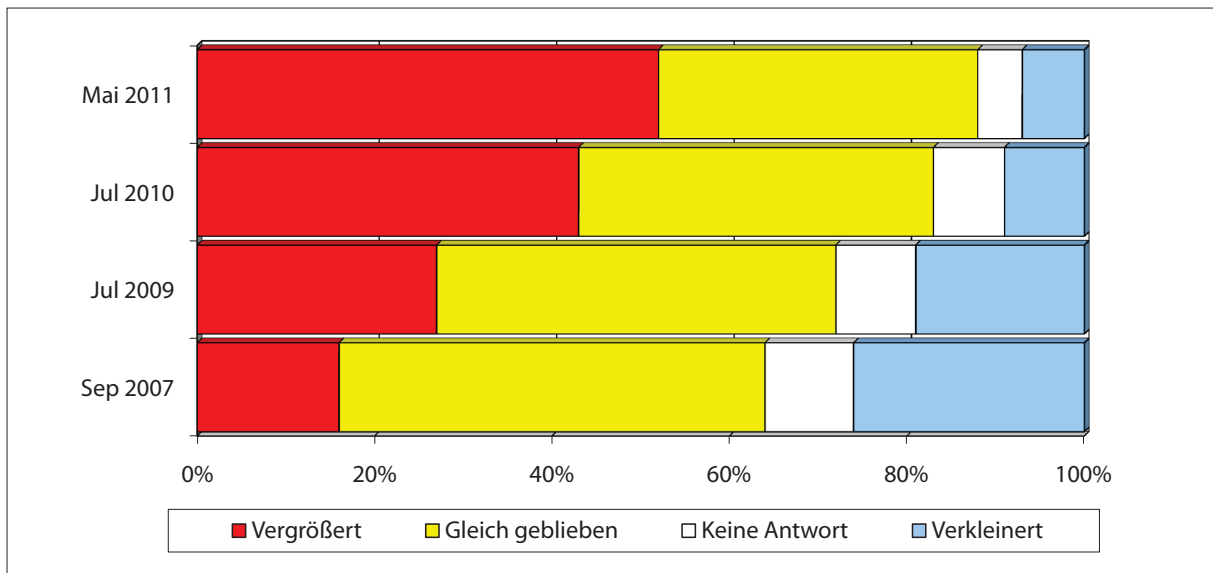
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 13.–16. Mai 2011, <http://www.levada.ru/press/2011060802.html>

Grafik 7: Wie haben sich Rolle und Einfluss der Bürokratie in Russland in den letzten zehn Jahren gegenüber den 1990er Jahren verändert?



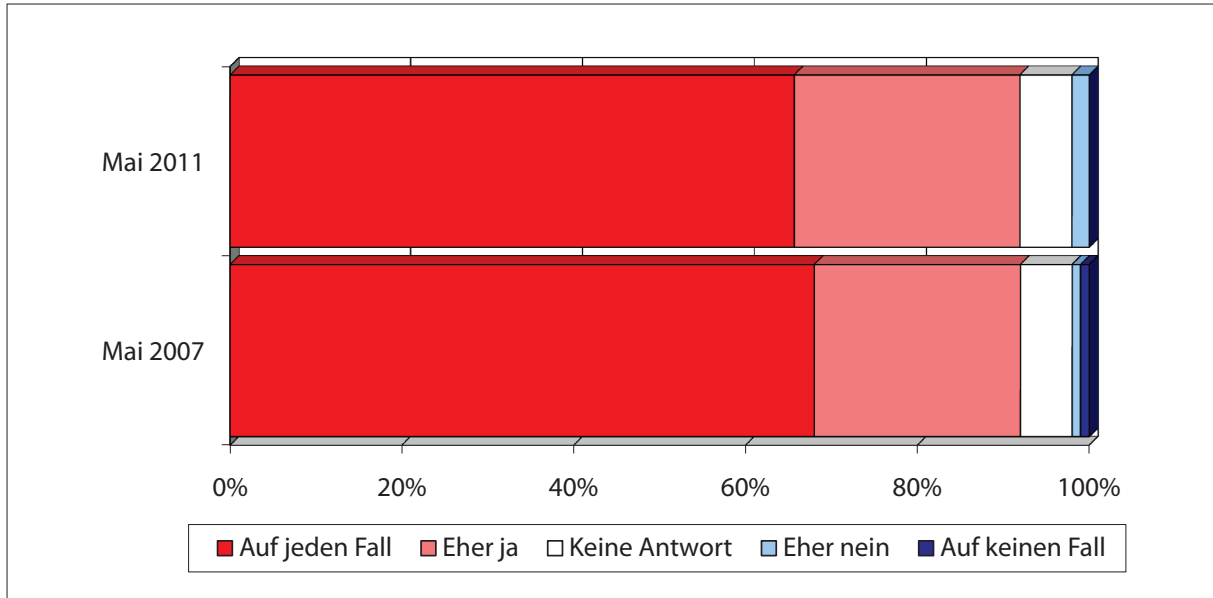
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 13.–16. Mai 2011, <http://www.levada.ru/press/2011060802.html>

Grafik 8: Wie haben sich Diebstahl und Korruption der Staatsführung gegenüber den 1990er Jahren verändert?



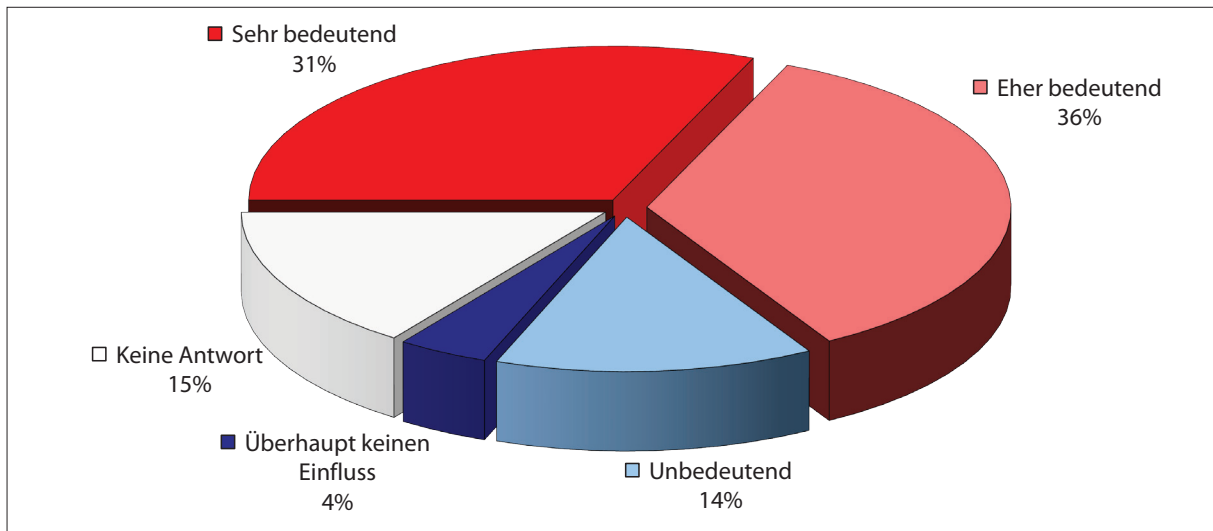
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 13.–16. Mai 2011, <http://www.levada.ru/press/2011060802.html>

Grafik 9: Haben die höheren russischen Beamten Ihrer Meinung nach Konten im Ausland?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 13.–16. Mai 2011, <http://www.levada.ru/press/2011060802.html>

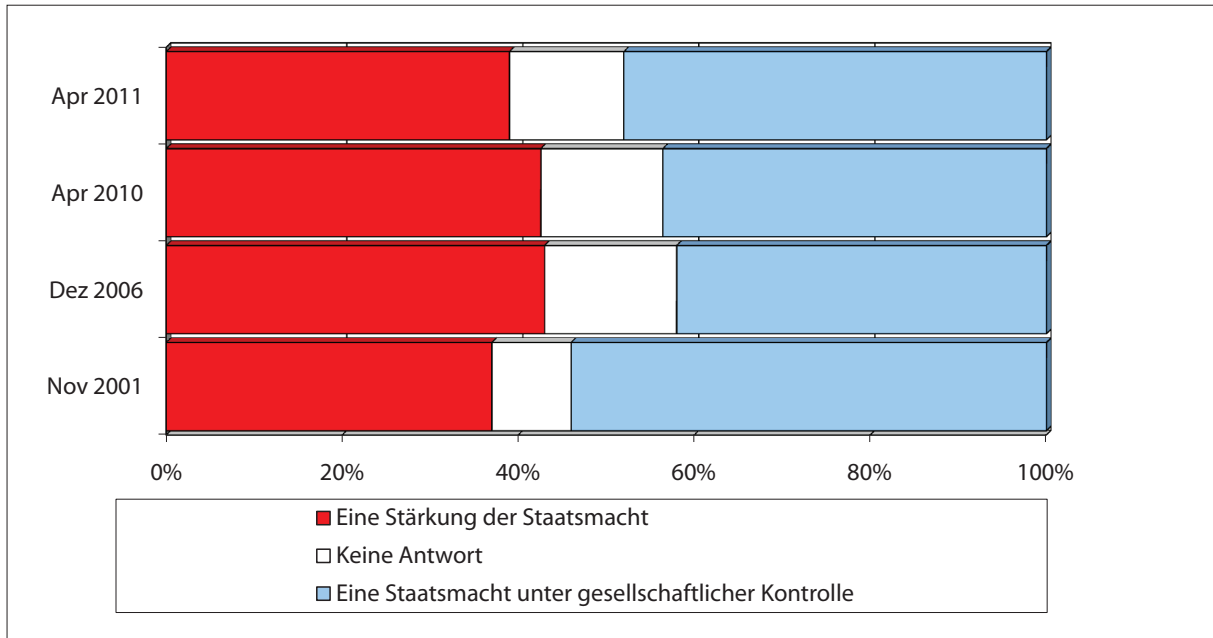
Grafik 10: In welchem Maße beeinflussen Geschäftsinteressen der engeren Umgebung der ersten Personen im Staat die Verabschiedung wichtiger staatlicher Entscheidungen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 13.–16. Mai 2011, <http://www.levada.ru/press/2011060802.html>

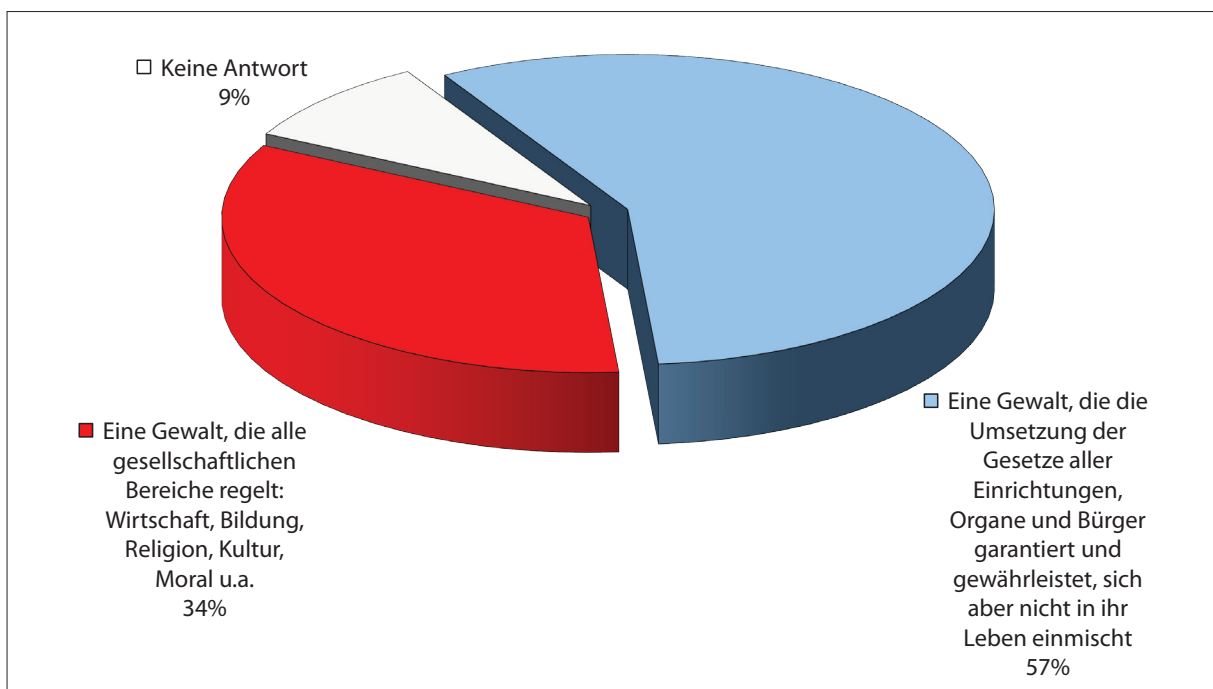
Ein starker Staat?

Grafik 11: Was braucht Russland gegenwärtig am meisten?



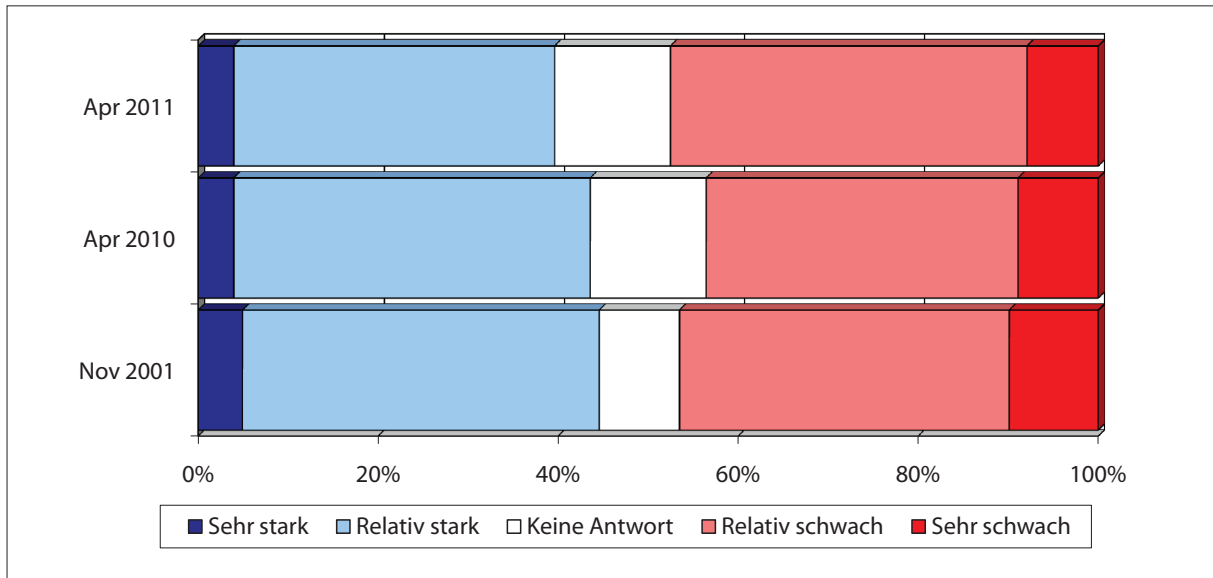
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 1.–20. Mai 2011, <http://www.levada.ru/press/2011051701.html>

Grafik 12: Welche der folgenden Definitionen liegt ihrem Verständnis von einer starken Staatsmacht näher?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 1.–20. Mai 2011, <http://www.levada.ru/press/2011051701.html>

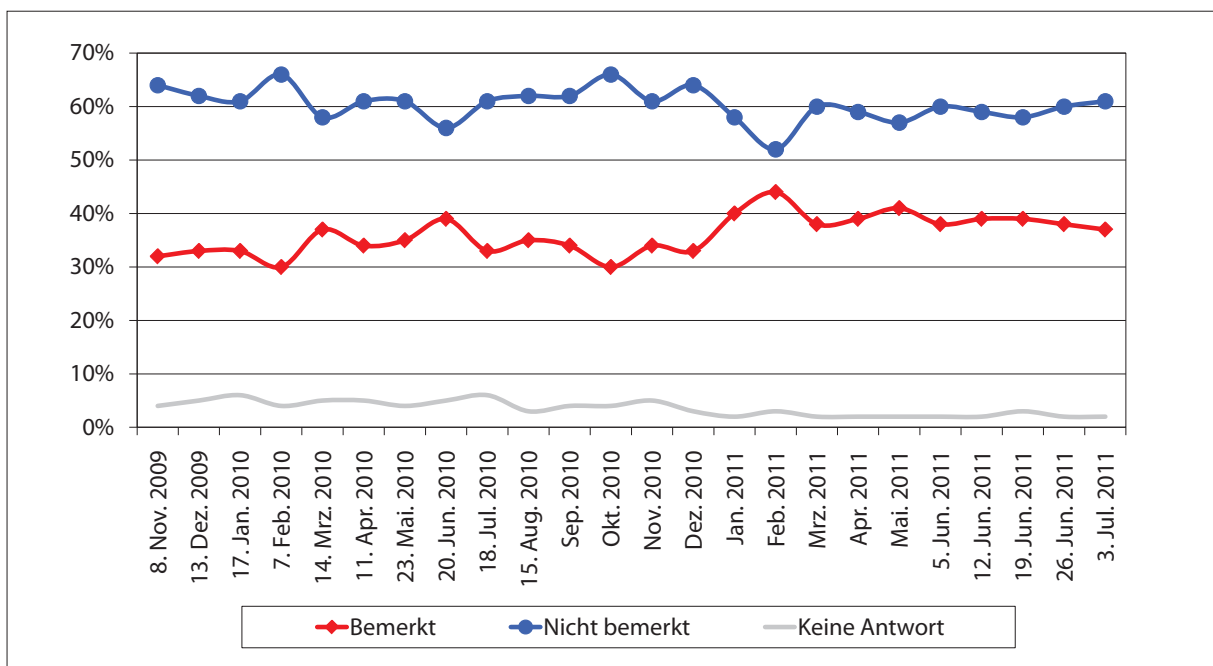
Grafik 13: Wie stark oder schwach ist Ihrer Meinung nach im Moment die Staatsmacht Russlands?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 1.–20. Mai 2011, <http://www.levada.ru/press/2011051701.html>

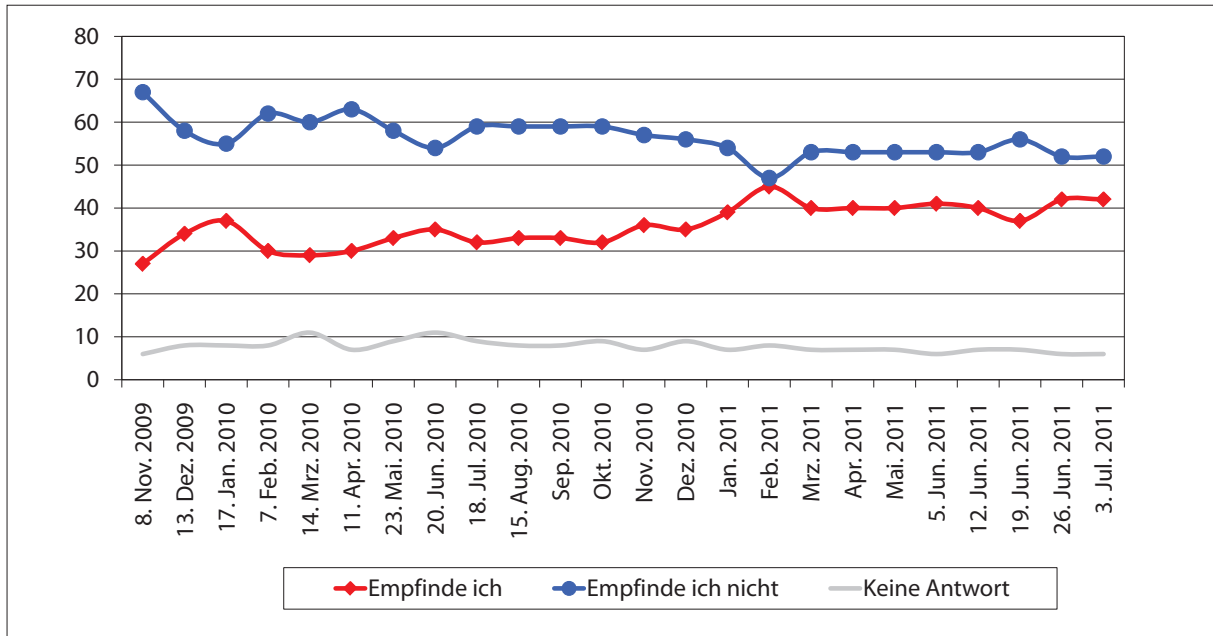
Zum Grad der Proteststimmung in Russland

Grafik 14: Haben Sie im vergangenen Monat eine Unzufriedenheit, die Bereitschaft zur Teilnahme an Protestaktionen bemerkt oder nicht?



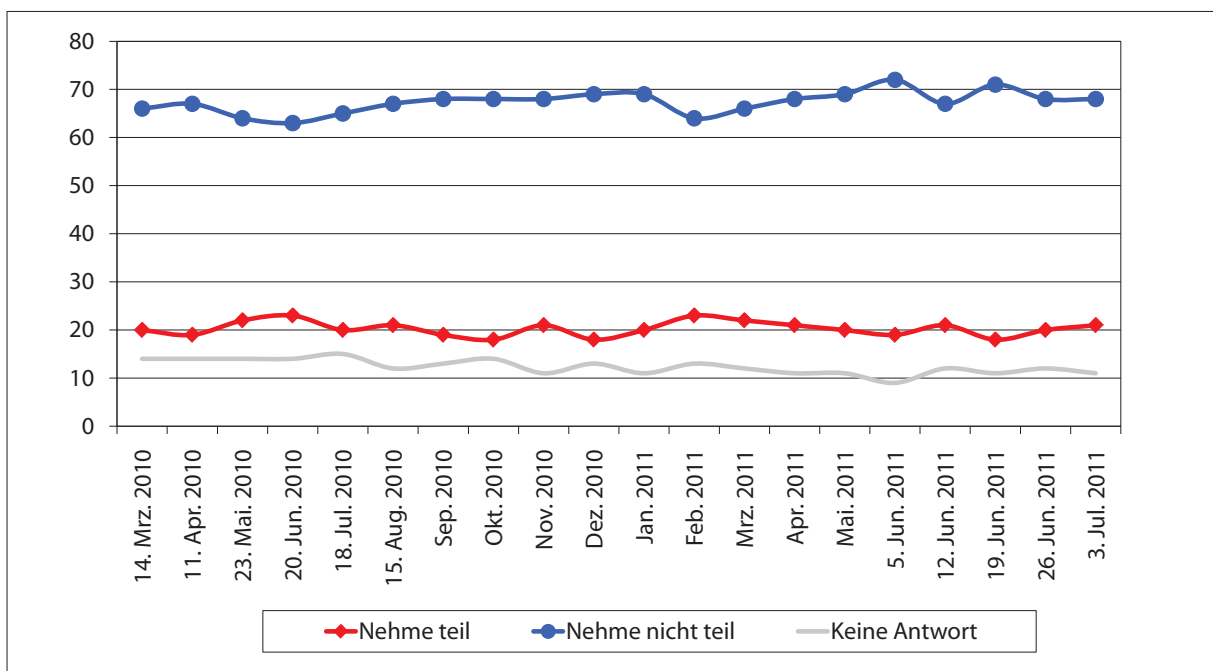
Quelle: Umfragen des FOM, zuletzt vom 2.–3. Juli 2011, <http://bd.fom.ru/report/map/dominant/dom1127/d112703>

Grafik 15: Empfinden Sie persönlich eine Unzufriedenheit, Bereitschaft zur Teilnahme an Protestaktionen?



Quelle: Umfragen des FOM, zuletzt vom 2.–3. Juli 2011, <http://bd.fom.ru/report/map/dominant/dom1127/d112703>

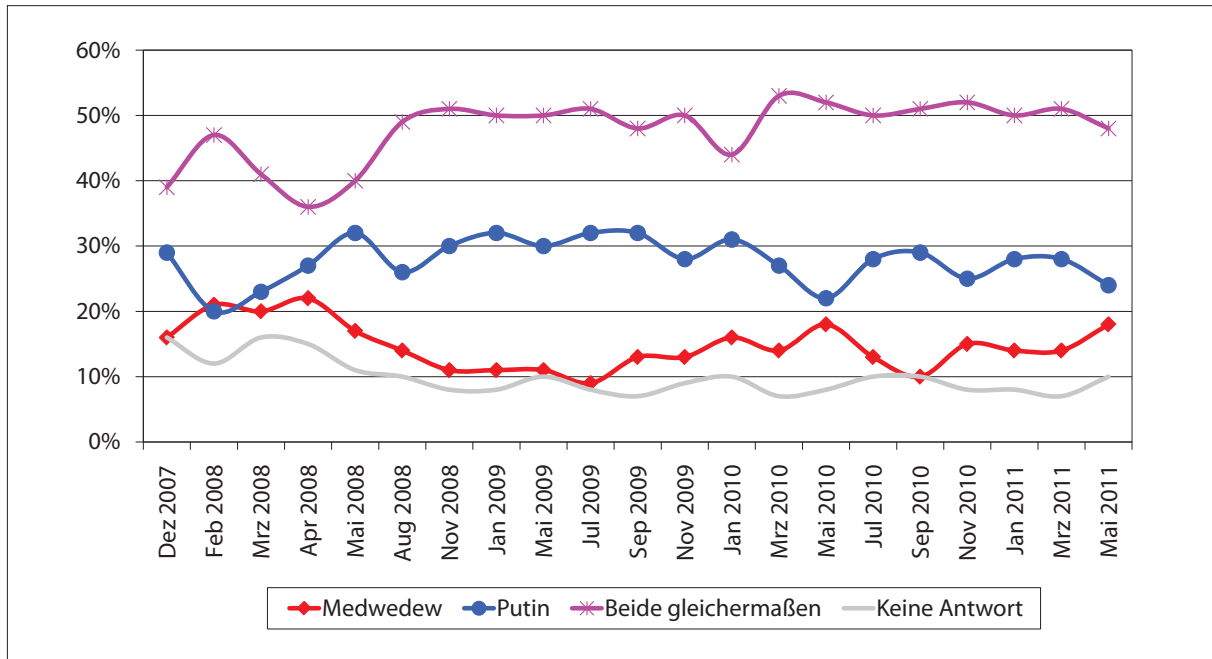
Grafik 16: Wenn am kommenden Sonntag an ihrem Wohnort eine Versammlung, Demonstration oder Protestaktion stattfinden würde, würden Sie an dieser teilnehmen?



Quelle: Umfragen des FOM, zuletzt vom 2.–3. Juli 2011, <http://bd.fom.ru/report/map/dominant/dom1127/d112703>

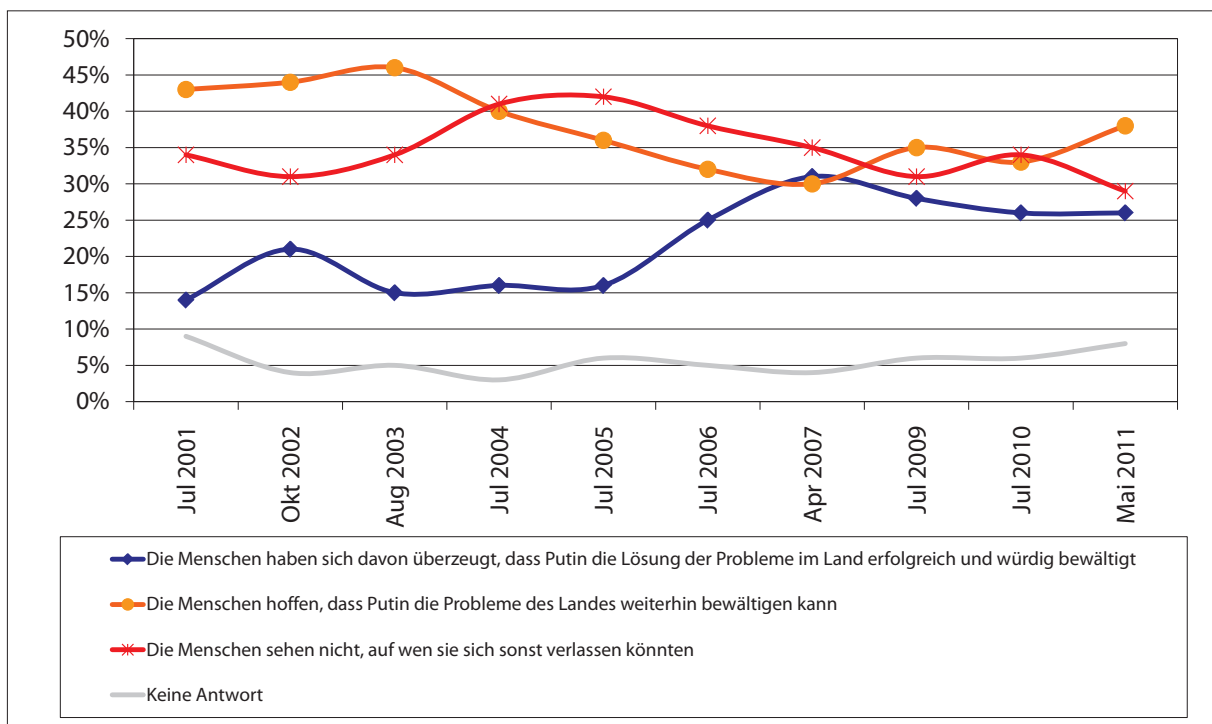
Putin oder Medwedew?

Grafik 17: Wer verfügt im Moment über die reale Macht im Land?



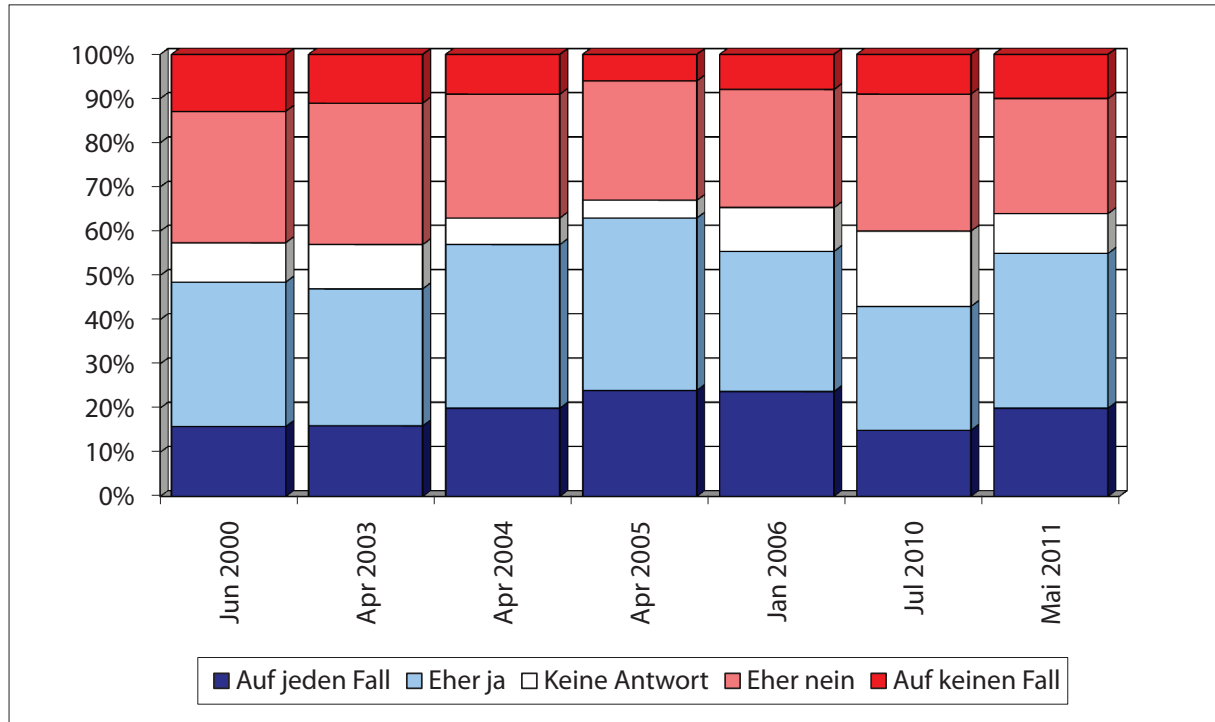
Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums, zuletzt vom 13.–16. Mai 2011, <http://www.levada.ru/press/2011060804.html>

Grafik 18: Warum vertrauen viele Menschen Wladimir Putin?



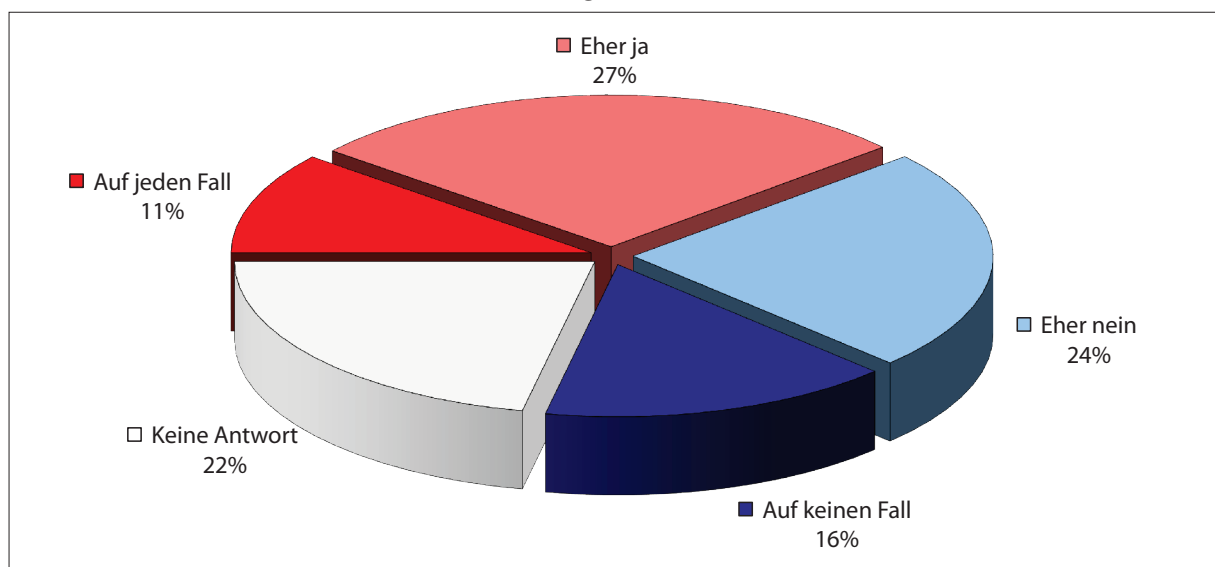
Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums, zuletzt vom 13.–16. Mai 2011, <http://www.levada.ru/press/2011060804.html>

Grafik 19: Glauben Sie auch, dass die russische Bevölkerung es müde ist, von Wladimir Putin irgendwelche positiven Veränderungen in ihrem Leben zu erwarten?



Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums, zuletzt vom 13.–16. Mai 2011, <http://www.levada.ru/press/2011060804.html>

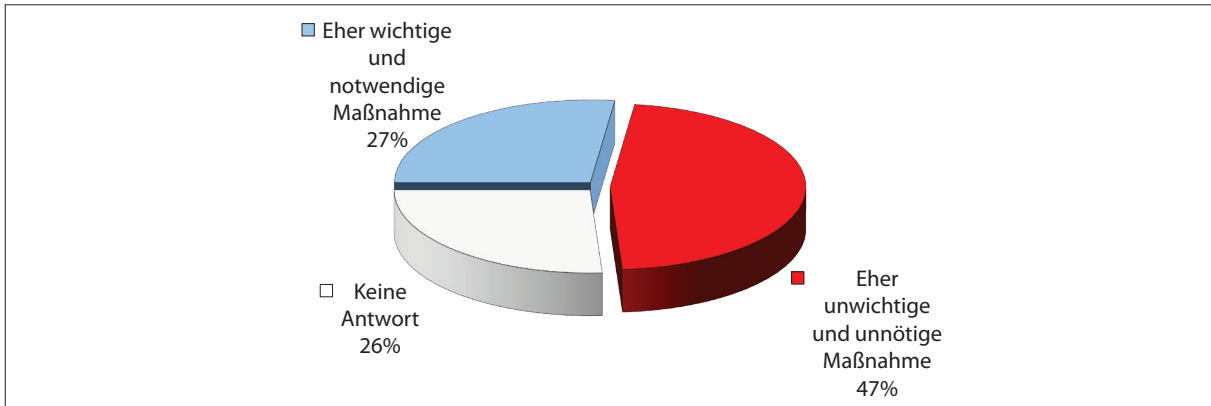
Grafik 20: Werden Putin und Medwedew die Entscheidung darüber, wer bei der kommenden Präsidentschaftswahl Kandidat der »Partei der Macht« wird, untereinander ausmachen und die einfache Bevölkerung nicht einbeziehen?



Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums, zuletzt vom 13.–16. Mai 2011, <http://www.levada.ru/press/2011060804.html>

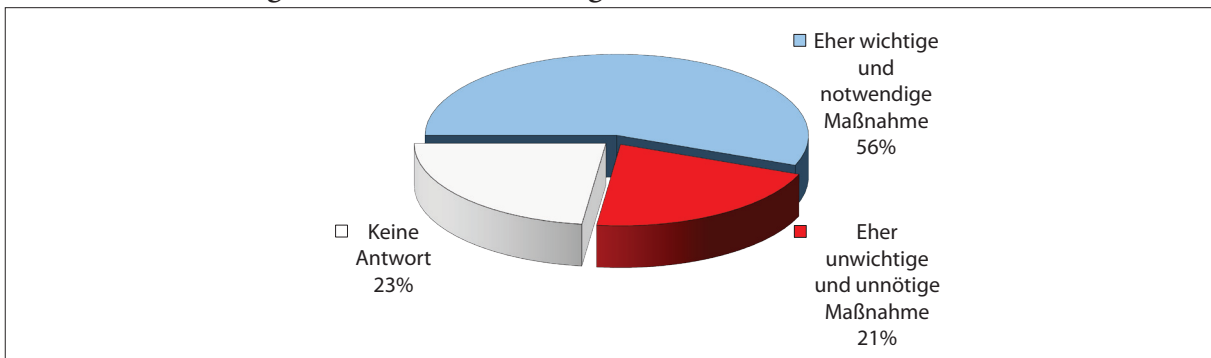
Dmitrij Medwedew schlug unlängst eine Reihe von Maßnahmen vor, die auf die Modernisierung der Wirtschaft ausgerichtet sind. Wie bewerten Sie diese Vorschläge?

Grafik 21. Staatsbeteiligung an Großkonzernen reduzieren: Privatisierung der Aktien-Kontrollpakete



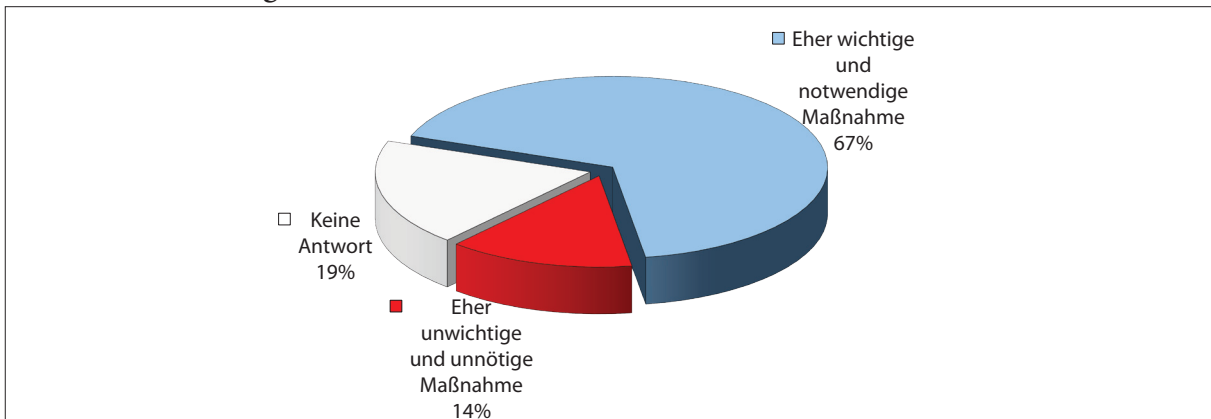
Quelle: Umfragen des WZIOM vom 25.–26. Juni 2011, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=111723>

Grafik 22: Umverteilung der Machtbefugnisse zwischen den Ebenen der Staatsgewalt zum Vorteil der regionalen Selbstverwaltung



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 25.–26. Juni 2011, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=111723>

Grafik 23: Vereinfachung des Kündigungsverfahrens bei Staatsangestellten, die der Korruption verdächtigt werden



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 25.–26. Juni 2011, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=111723>

Die »Allrussische Volksfront«

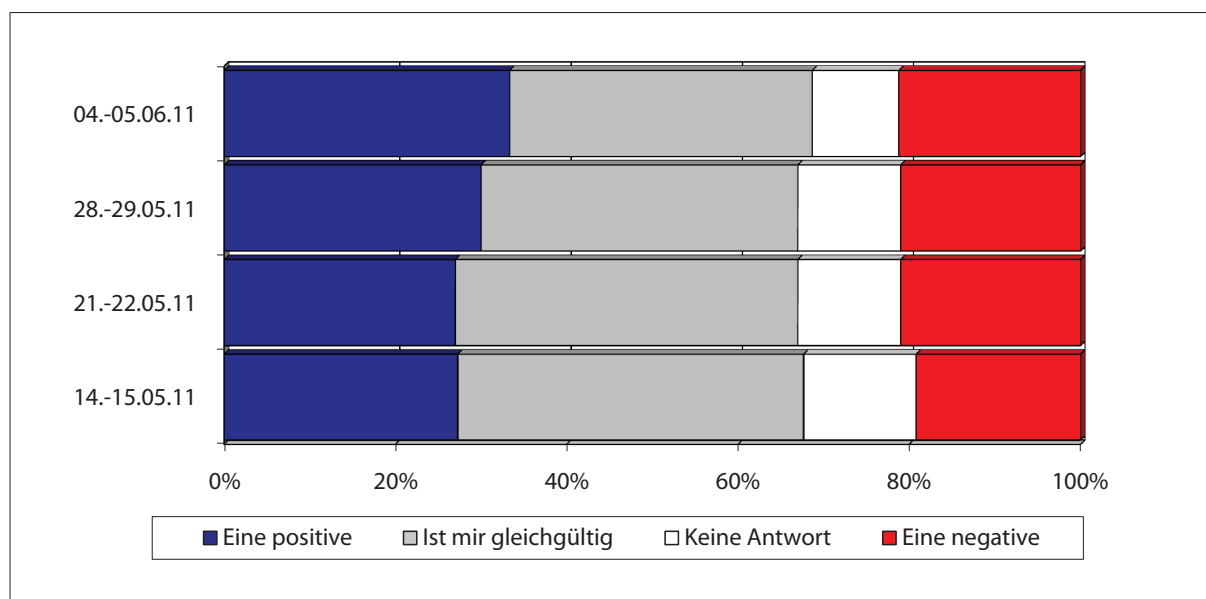
Umfragen des WZIOM

Tabelle 7: Warum wurde die »Allrussische Volksfront« gegründet?

	14.–15. Juni 2011	4.–5. Juni 2011
Als Mittel zur Stärkung von »Einiges Russland« vor den Wahlen und dem Wahlkampf	29 %	16 %
Zur Verbesserung der Lage im Lands, zur Unterstützung der einfachen Leute	10 %	14 %
Um die Menschen und das Land zu vereinen	5 %	10 %
Zur Verdummung und Manipulation der Menschen	4 %	6 %
Als Mittel zum Waschen von Haushaltsmitteln, das Geld verschwindet im Nirgendwo	3 %	4 %
Zur Unterstützung Putins	2 %	4 %
Als Alternative zu »Einiges Russland«	3 %	2 %
Um neue politische Führungskräfte und Aktivisten zu finden	1 %	2 %
Zur Erhöhung des Beamtenstaats	2 %	2 %
Anderes	1 %	3 %
Keine Antwort	42 %	40 %

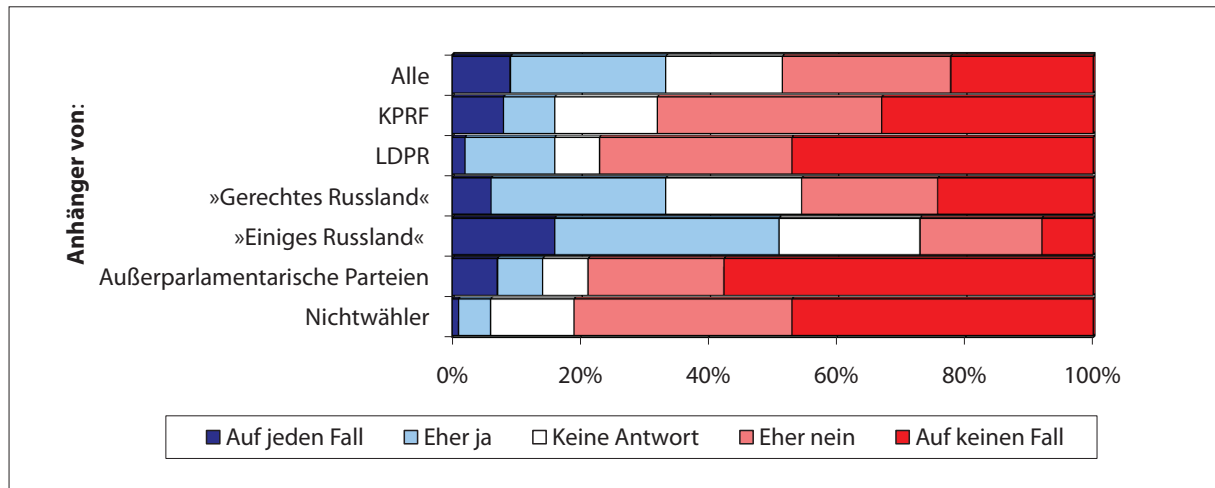
Quelle: Umfragen des WZIOM, zuletzt vom 4.–5. Juni 2011, <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/111691.html>

Grafik 24: Welche Einstellung haben Sie zur Gründung der »Allrussischen Volksfront«?



Quelle: Umfragen des WZIOM, zuletzt vom 4.–5. Juni 2011, <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/111691.html>

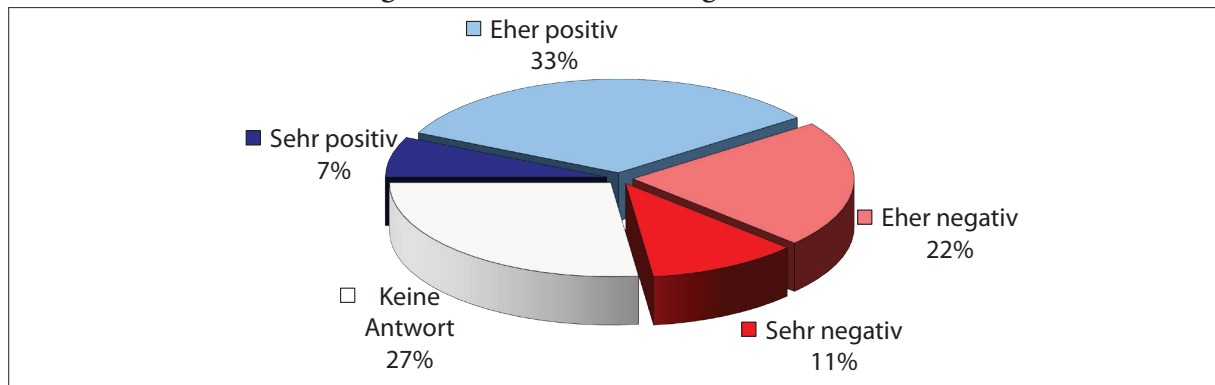
Grafik 25: Wären Sie bereit, bei den Wahlen für einen Kandidaten zu stimmen, der von der »Allrussischen Volksfront« unterstützt wird?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 4.–5. Juni 2011, <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/111691.html>

Umfragen des Lewada-Zentrums

Grafik 26: Welche Einstellung haben Sie zur Gründung der »Allrussische Volksfront«?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 13.–16. Juni 2011 <http://www.levada.ru/press/2011051901.html>

Tabelle 8: Was ist Ihrer Meinung nach das wesentliche Motiv für die Gründung der »Allrussischen Volksfront«?

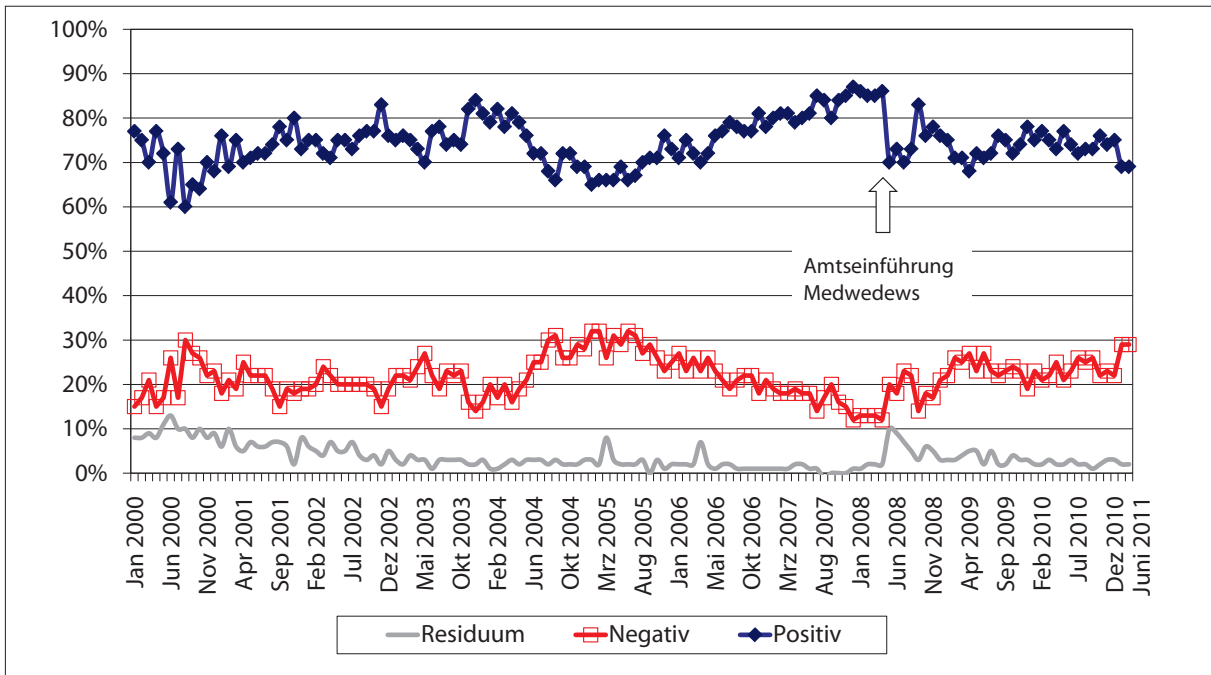
»Einiges Russland« in den kommenden Dumawahlen einen größeren Stimmanteil zu garantieren	29 %
Die abnehmende Unterstützung von »Einiges Russland« durch die Anwerbung von Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen und nichtstaatlichen Organisationen zu unterstützen	28 %
Alle vernünftigen gesellschaftlichen Kräfte zur Lösung der Herausforderungen des Landes zu vereinigen	16 %
Die Kontrolle des Staates über die Parteien und gesellschaftlichen Organisationen zu verstärken	14 %
Anders	2 %
Keine Antwort	12 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 1. Mai 2011 <http://www.levada.ru/press/2011051901.html>

RATING

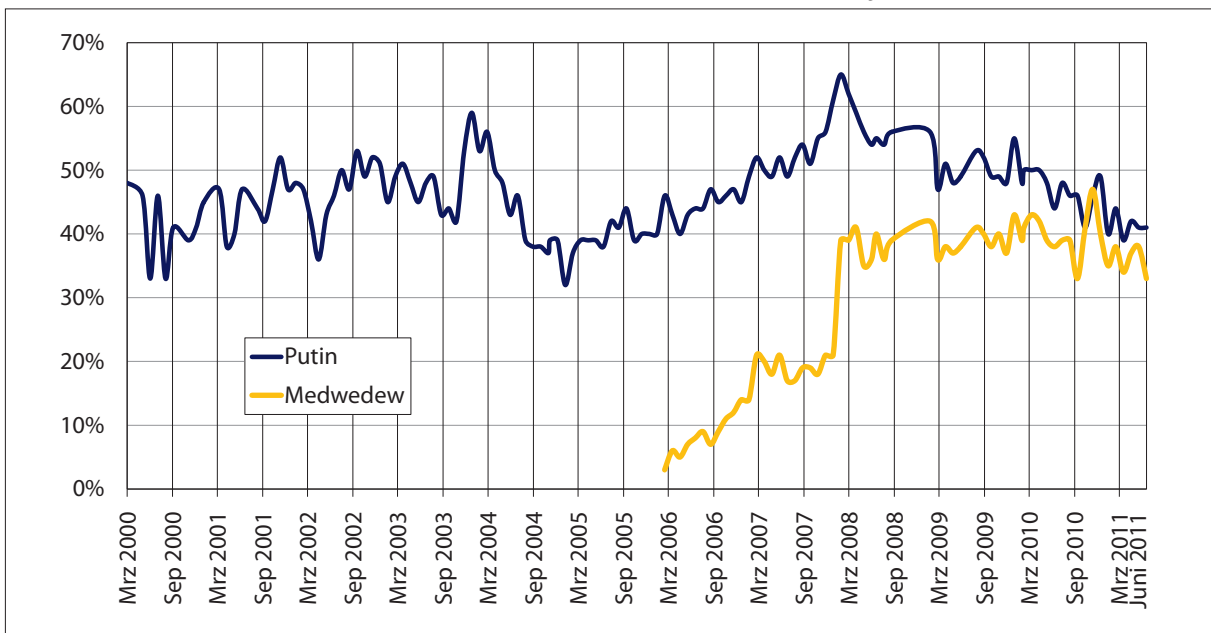
Bewertung von Präsident, Ministerpräsident und Regierung

Grafik 27: Wie bewerten Sie die Tätigkeit Putins/Medwedews als Präsident Russlands? (Januar 2000–Juni 2011)



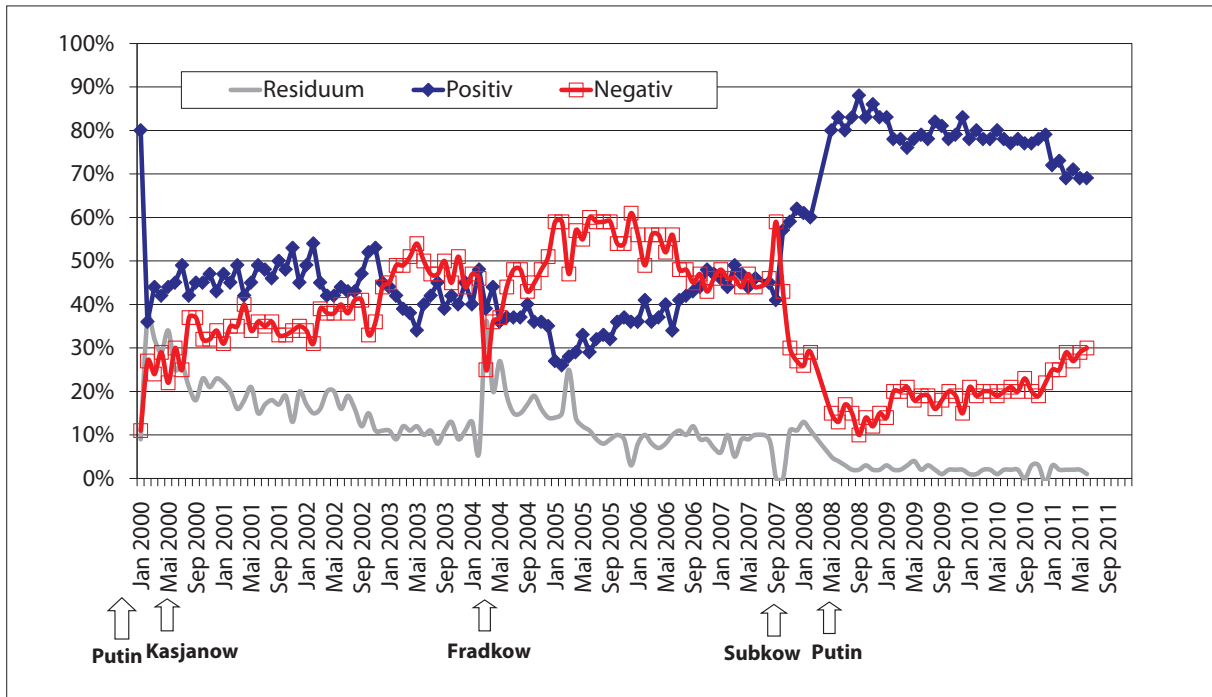
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 23.–27. Juni 2011, <http://www.levada.ru/press/2011062902.html>

Grafik 28: Zu welchem Politiker haben Sie Vertrauen? (März 2000–Juni 2011)



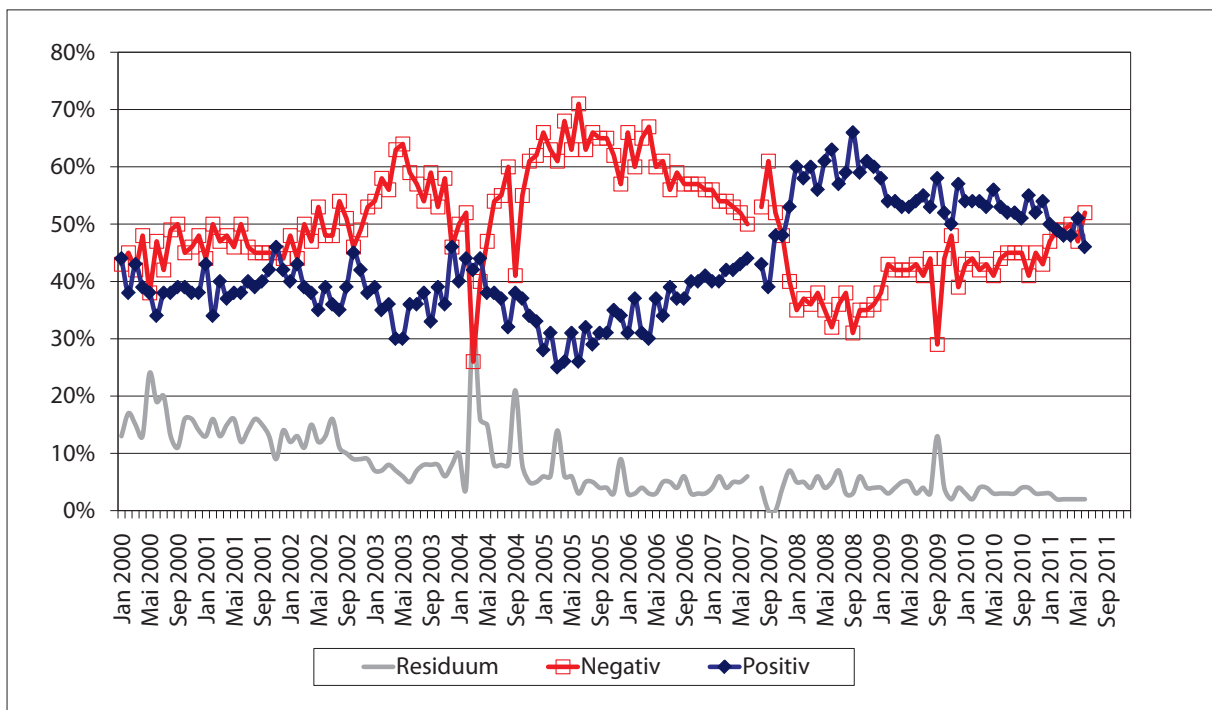
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 23.–27. Juni 2011, <http://www.levada.ru/press/2011062902.html>

**Grafik 29: Wie bewerten Sie die Tätigkeit des russischen Ministerpräsidenten?
(Januar 2000–Juni 2011)**



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 23.–27. Juni 2011, <http://www.levada.ru/press/2011062902.html>

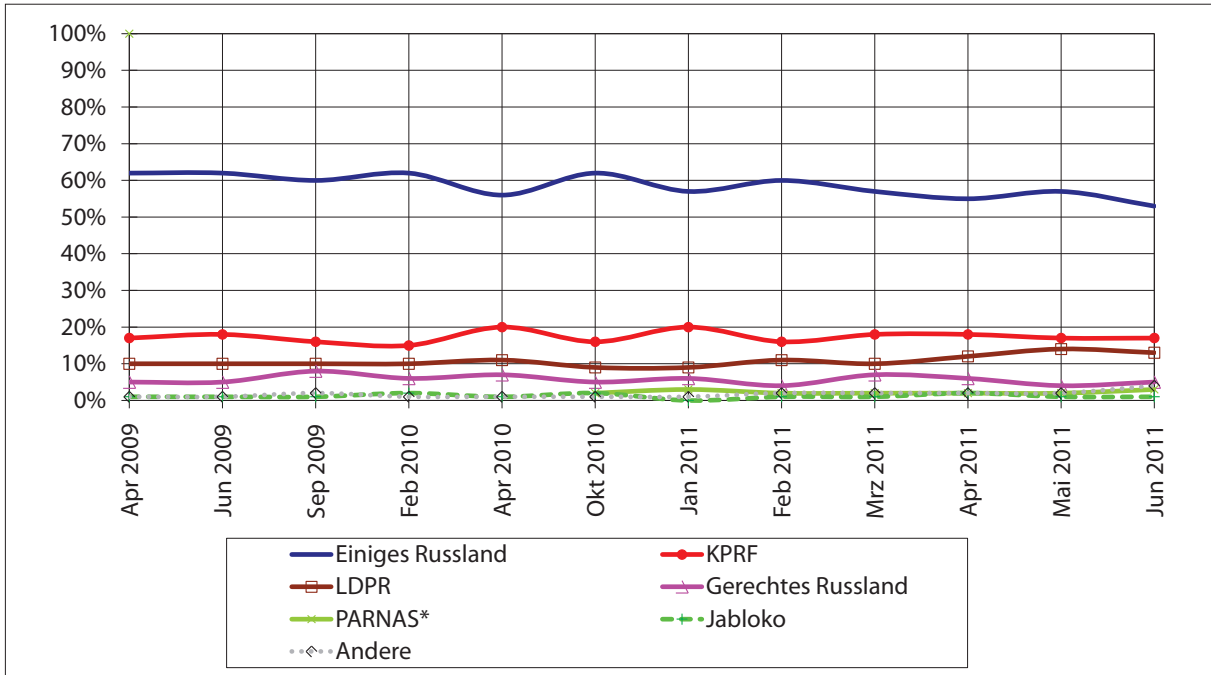
Grafik 30: Wie bewerten Sie die Tätigkeit der russische Regierung? (Januar 2000–Juni 2011)



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 23.–27. Juni 2011, <http://www.levada.ru/press/2011062902.html>

Erwartungen an die Dumawahlen

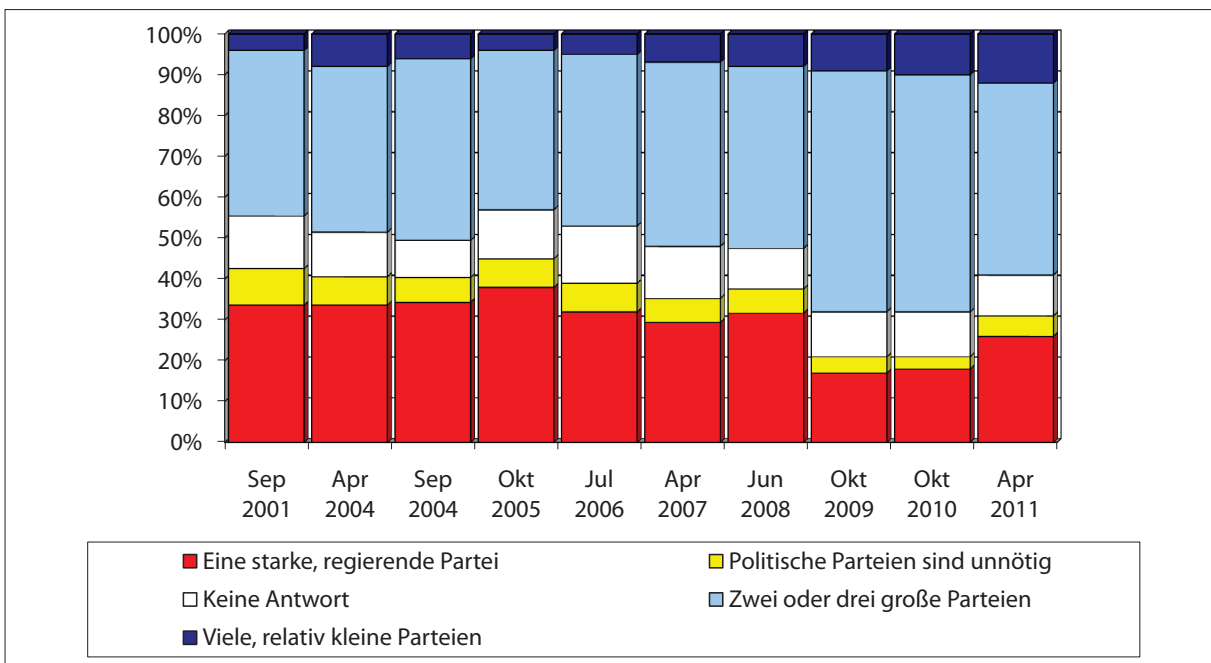
Grafik 31: Wenn nächsten Sonntag Dumawahlen wären, für welche Partei würden Sie stimmen?



* PARNAS = Partei der Volksfreiheit »Für ein Russland ohne Willkür und Korruption«

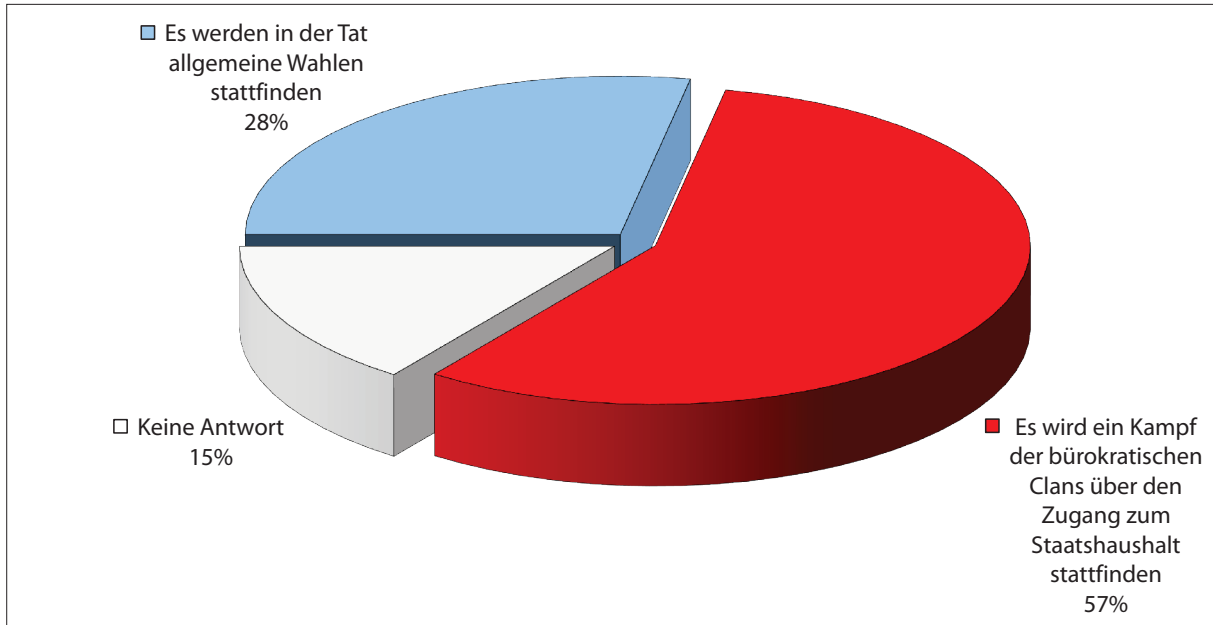
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 23.–27. Juni 2011, <http://www.levada.ru/press/2011062904.html>

Grafik 32: Wie viele politische Parteien sind im Moment in Russland notwendig?



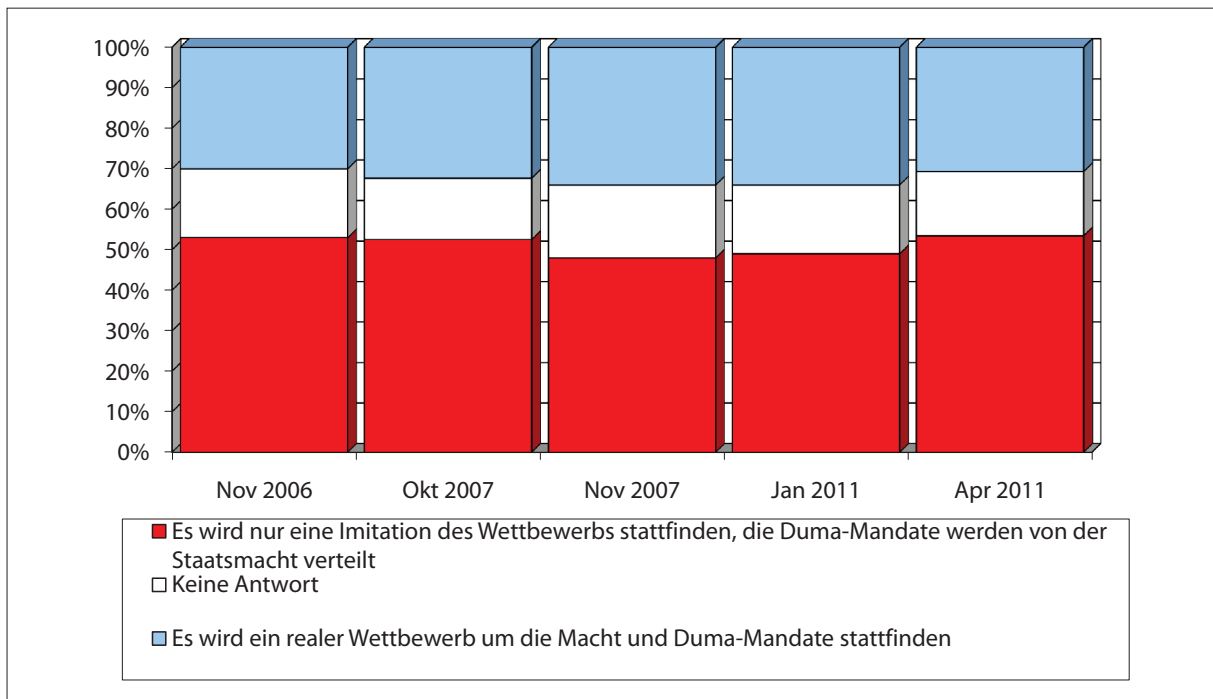
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 15.–18. April 2011 <http://www.levada.ru/press/2011042801.html>

Grafik 33: Werden in diesem und kommendem Jahr in Russland tatsächlich allgemeine Wahlen stattfinden – oder geht es nur um einen Kampf zwischen den bürokratischen Clans über den Zugang zum Staatshaushalt?



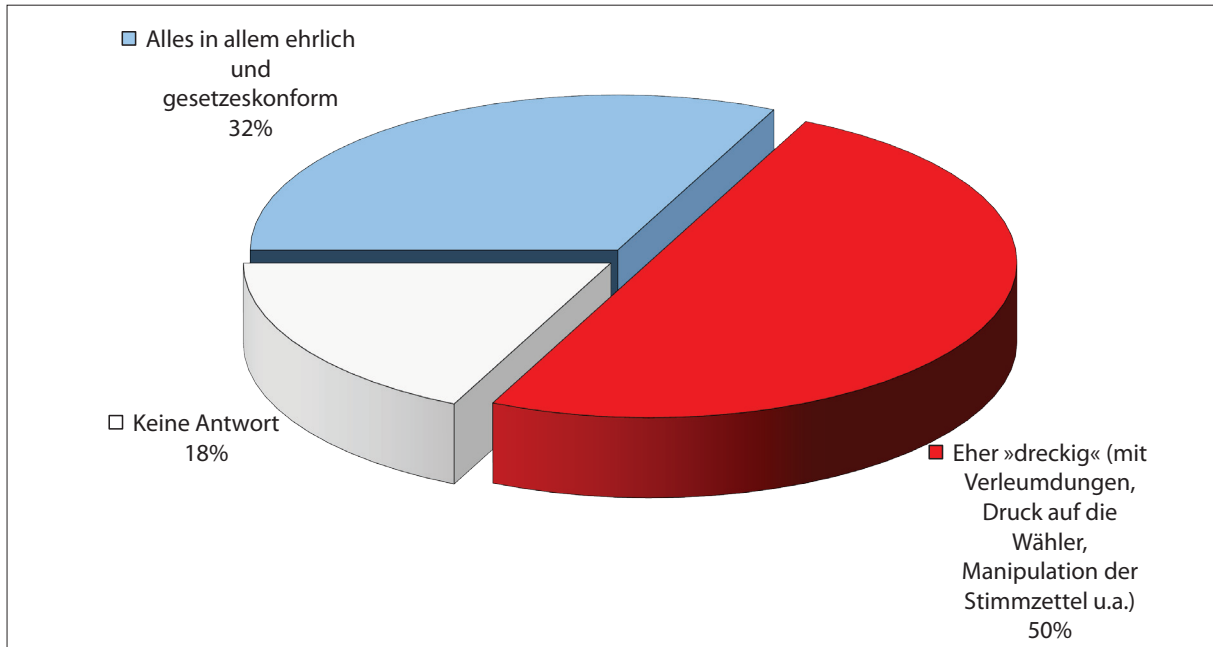
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 15.–18. April 2011 <http://www.levada.ru./press/2011042801.html>

Grafik 34: Wird bei den Dumawahlen wird ein realer Wettbewerb der Parteien stattfinden – oder nur eine Imitation des Wettbewerbs?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 15.–18. April 2011 <http://www.levada.ru./press/2011042801.html>

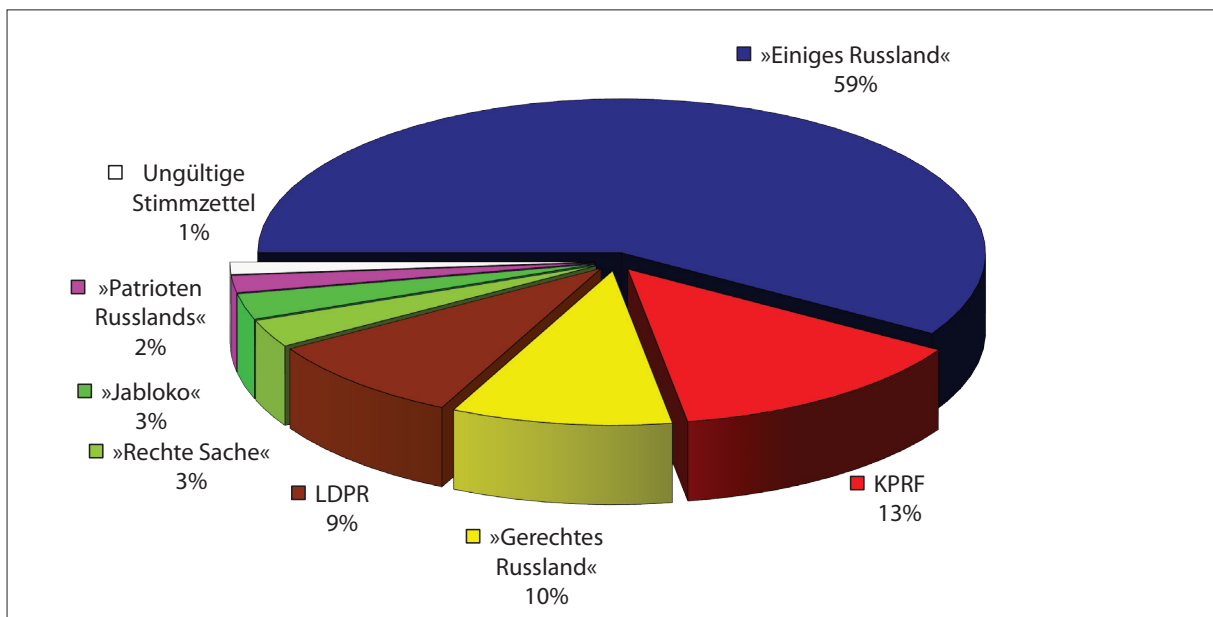
Grafik 35: Wie werden die Dumawahlen Ende dieses Jahres Ihrer Meinung nach ablaufen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 15.–18. April 2011 <http://www.levada.ru/press/2011042801.html>

Die Prognose des WZIOM vom April 2011

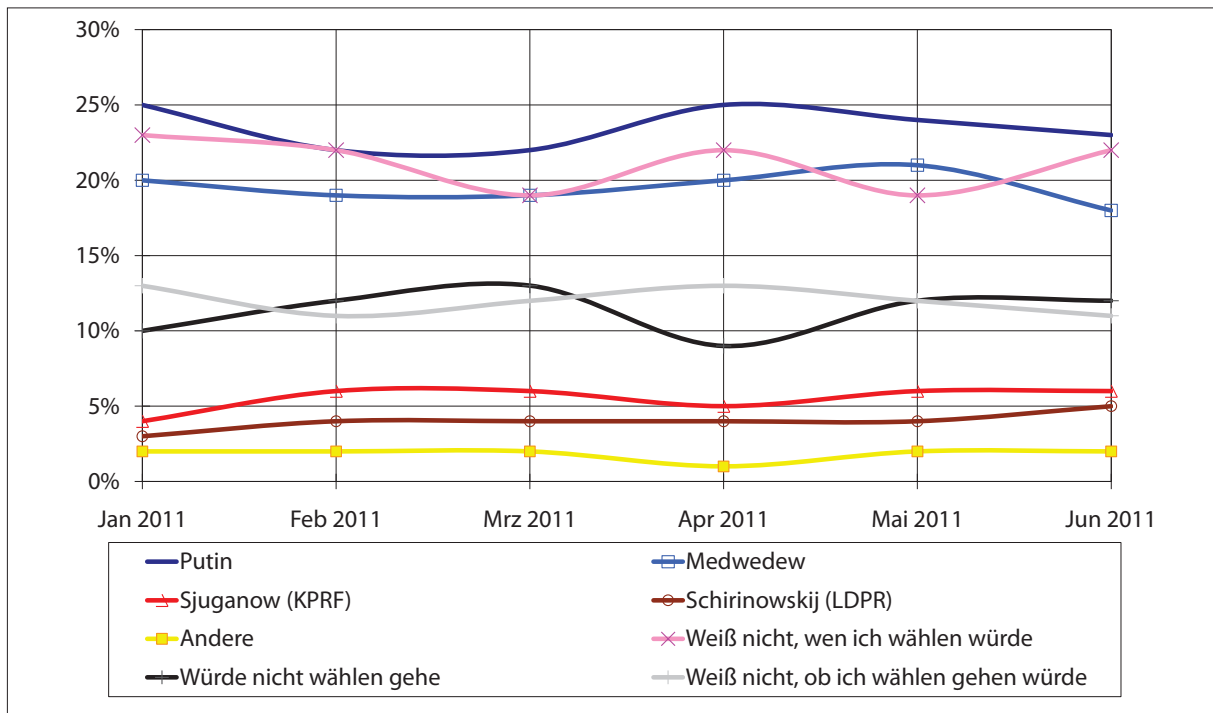
Grafik 36: Prognose der Dumawahlen 2011



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 7. April 2011, <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/111504.html>

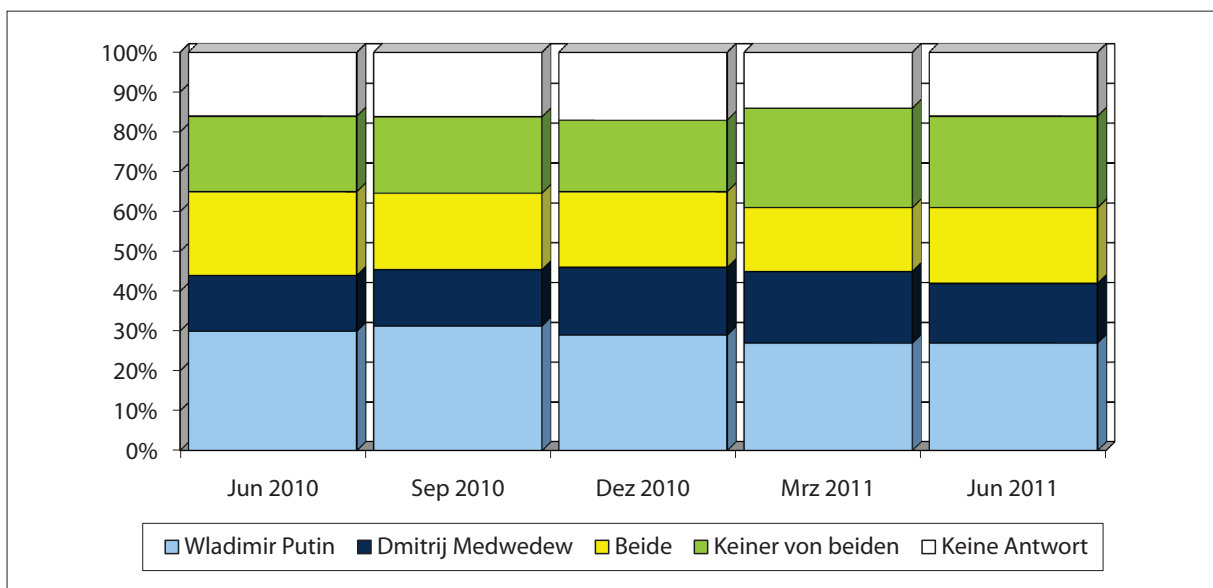
Erste Prognosen für die Präsidentenwahlen

Grafik 37: Wenn am kommenden Sonntag Präsidentschaftswahlen wären, würden Sie an diesen teilnehmen und wenn ja, welchen der derzeitigen Politiker würden sie wählen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 23.–27. Juni 2011 <http://www.levada.ru/press/2011070101.html>

Grafik 38: Wen würden Sie gerne als Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2012 sehen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt vom 23.–27. Juni 2011 <http://www.levada.ru/press/2011070101.html>

Vom 30. Juni bis zum 14. Juli 2011

30.06.2011	Auf einer außerordentlichen Aktionärsversammlung von »Gasprom« wird der neue Aufsichtsrat gewählt. Gemäß den Vorgaben von Präsident Medwedew vom 2. April in Magnitogorsk verlassen Sergej Schmatko, Minister für Energie, und Elwira Nabiullina, Ministerin für wirtschaftliche Entwicklung, den Aufsichtsrat. Wiktor Subkow, Erster Vize-Premier, behält jedoch seinen Posten.
30.06.2011	Boris Gromow, Gouverneur des Moskauer Gebiets, und Sergej Sobjanin, Moskauer Bürgermeister, unterzeichnen nach über zehnjährigen Verhandlungen eine Vereinbarung, in der die Grenze zwischen der Stadt Moskau und dem Moskauer Gebiet erstmals rechtsverbindlich verankert wird. Dabei wird das Territorium Moskaus um 144 Tsd. Hektar in südöstliche Richtung vergrößert. Dmitrij Medwedew hatte auf dem St. Petersburger Internationalen Wirtschaftsforum einen solchen Schritt angeregt, da er der Gründung eines internationalen Finanzzentrums in Moskau förderlich sei.
01.07.2011	Dmitrij Medwedew beauftragt Wladimir Putin, bis zum 1. August Vorschläge zur Privatisierung von Staatskonzernen und zum Verkauf von Aktien-Kontrollpaketen auszuarbeiten.
01.07.2011	Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow teilt mit, dass der Umfang der russischen Streitkräfte eine Million Mann betragen soll. Die Zahl der Berufssoldaten soll dabei bis Ende 2017 auf 425.000 Mann erhöht werden. Gegenwärtig sind es 180.000.
02.07.2011	Präsident Medwedew ordnet die Wiederaufnahme der Stromlieferungen nach Belarus an. Nachdem Minsk die Schulden beglichen hat, wird der Lieferstopp aufgehoben.
04.07.2011	Eine Arbeitsgruppe, die von russischen Menschenrechtlern eingesetzt worden ist, veröffentlicht eine Expertise über die Umstände des Todes von Sergej Magnizkij, eines Juristen im Dienst von Hermitage Capital, der am 16. November 2009 in Untersuchungshaft gestorben war. Die Expertise stellt einen direkten Zusammenhang zwischen der unzureichenden medizinischen Versorgung und der Vorenthaltung einer notwendigen Behandlung mit dem Tod Magnizkij fest.
04.07.2011	In Sotschi trifft sich der Nato-Russland-Rat im Beisein von Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen und Russlands Präsident Dmitrij Medwedew. Zentraler Streitpunkt der Gespräche ist die Frage der Raketenabwehr. Eine Einigung wird nicht erzielt. Die Gespräche sollen auf dem NATO- und G8-Gipfel im Mai 2012 in Chicago fortgesetzt werden.
05.07.2011	Das russische Außenministerium beschuldigt Holland, Druck auf Russland auszuüben. Die holländische Regierung hatte am Vortag eine Resolution verabschiedet, in der die Initiative von US-Senatoren über Einreisebeschränkungen gegen russische Staatsbeamte, die in den Fall Magnizkij verwickelt sind, unterstützt wird.
05.07.2011	Russland und Japan richten eine gemeinsame Historiker-Kommission ein, die die Probleme des Friedensvertrags und Territorialfragen erforschen soll. Auf russischer Seite übernimmt Anatolij Torkunow, Rektor des Staatlichen Moskauer Instituts für Internationale Beziehungen (MGIMO), den Vorsitz.
05.07.2011	Präsident Dmitrij Medwedew leitet eine Sitzung des Rates zur Entwicklung der Zivilgesellschaft und Menschenrechte in Naltschik, der Hauptstadt Kabardino-Balkariens. Medwedew teilt mit, dass er der Generalstaatsanwaltschaft eine Neuuntersuchung der Todesumstände von Sergej Magnizkij aufgetragen hat. Des Weiteren gibt er bekannt, dass die Präsidentschaft an einem Amnestiegesetz bei Wirtschaftsverbrechen arbeitet.
06.07.2011	Bei einem Feuergefecht im Rajon Kisljarsk (Dagestan) werden zwei Untergrundkämpfer, darunter der Anführer des »nördlichen Untergrundkampfes« im Rajon Kisljarsk, Magomed Alijew, und ein Wehrdienstleistender getötet, ein weiterer wird verletzt. Zudem werden bei der Schießerei zwei Zivilisten getötet und sechs weitere verletzt.
06.07.2011	Nach Angaben des russischen Verteidigungsministers Anatolij Serdjukow, wird noch in diesem Jahr eine Militärpolizei unter Leitung des Generalleutnants Sergej Surowikin eingerichtet, die sich dem Problem der »Dedowschtschina«, der Misshandlung von Wehrdienstleistenden im ersten Jahr durch Dienstältere, und dem Diebstahl von Militäreigentum widmen wird.
07.07.2011	Außenminister Sergej Lawrow erklärt, die Verhandlungen mit der Europäischen Union über Visaerleichterungen für Russland könnten bis Ende des Jahres abgeschlossen sein.
09.07.2011	Im Rahmen der Polizeireform und der damit verbundenen Überprüfung des Führungspersonals des Innenministeriums wurden, dem russischen Innenminister Raschid Nurgaliew zufolge, mehr als 190.000 Personen in ihrem Amt bestätigt.
09.07.2011	Es wird bekannt, dass der Verein »Werkstatt Deutschland« Wladimir Putin den diesjährigen Quadriga-Preis für »Vorbilder, die Aufklärung, Engagement und Gemeinwohl verpflichtet sind«, verleihen will. Dies ruft breite Kritik hervor.

10.07.2011	Das Passagierschiff »Bulgarija« verunglückt während einer Kreuzfahrt auf der Wolga. Von den 208 Passagieren sterben 112, 79 Personen überleben die Katastrophe, 17 bleiben vermisst. Präsident Medwedew erklärt den 12. Juli zum nationalen Trauertag.
11.07.2011	Bei der Notlandung eines Flugzeugs vom Typ An-24 auf dem Ob, an der Grenze des autonomen Bezirks der Chanten und Mansen und dem Gebiet Tomsk, kommen sechs Personen ums Leben.
11.07.2011	Das Moskauer Rajonsgericht in Ostankino urteilt, dass die Abholzung von Bäumen im Wald von Chimki gesetzeskonform ist. Greenpeace International hatte gegen den Bauherrn der Autotrass Moskau – St. Petersburg geklagt.
11.07.2011	Nach einem Treffen mit Präsident Medwedew erklären Boris Gromow, Gouverneur des Moskauer Gebiets, und Sergej Sobjanin, Moskauer Bürgermeister, dass auf Grund der Vergrößerung des Moskauer Stadtgebiets der Bau einer neuen U-Bahn-Linie zur Anbindung der »Innovationsstadt Skolkowo« sowie die Verlängerung bestehender Linien geplant sind.
11.07.2011	Das Moskauer Bezirks-Militärgericht verurteilt fünf Mitglieder der »Nationalsozialistischen Gesellschaft« zu lebenslangen Haftstrafen, darunter den Anführer der Skinheads, Lew Molotkow. Ihnen und acht weiteren Angeklagten werden 27 Morde und Terroranschläge vorgeworfen.
12.07.2011	Präsident Medwedew legt der Duma eine Novelle zum Strafgesetzbuch vor. Danach soll es möglich sein, Sexualstraftäter chemisch zu kastrieren.
12.07.2011	Bei den Visa-Verhandlungen auf Beamtenbene zwischen der EU und Russland werden in vier von fünf Punkten Fortschritte erzielt. Russland erklärt sich bereit, biometrische Pässe einzuführen und mit Europa bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der illegalen Migration zusammenzuarbeiten.
13.07.2011	Nach Angaben des Ersten Vize-Premiers Sergej Iwanow werden einer Anweisung Dmitrij Medwedews zufolge ab dem 1. Januar 2012 auf regulären Passagierflügen keine Flugzeuge der Typen Tupolew-134 und Antonow-24 mehr eingesetzt.
14.07.2011	Bei Zusammenstößen zwischen Untergrundkämpfern und Sicherheitskräften im Rajon Wedeno (Tschetschenien) wird ein Polizist getötet und sieben weitere werden verletzt.
14.07.2011	Das russische Verfassungsgericht erklärt die Einstellung des Verfahrens zum Unfall zwischen dem Dienstwagen des Lukoil-Vorsitzenden Anatolij Barkow und einem Kleinwagen für rechtswidrig und ordnet an, den Vorfall erneut zu überprüfen. Am 25. Februar 2010 waren auf dem Leningrader Prospekt in Moskau zwei Frauen bei einem Zusammenstoß mit dem Wagen Barkows ums Leben gekommen. Die Strafverfolgungsbehörden wiesen ihnen die Schuld zu und stellten das Verfahren mit der Begründung ein, die Schuldigen seien ums Leben gekommen. Die Angehörigen der Fahrerin reichten daraufhin beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ein Klage ein.

In der ursprünglichen Fassung der Russland-Analysen 223 ist der Redaktion ein ärgerlicher Lapsus unterlaufen. Der Name eines der beiden Autoren des Beitrags *Die Geschäfte von »Rosatom«* wurde versehentlich falsch angegeben. Der Stellvertretende Direktor von »Transparency International Russland« heißt richtig Ivan Ninenko. Wir bedauern den Fehler außerordentlich. Eine korrigierte Version der Ausgabe kann von unserer [Website](#) heruntergeladen werden.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2011 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de